

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Für Republik und Frieden! Löbes Abrechnung mit den Deutschnationalen.

Der erste Tag der großen politischen Debatte im Reichstag begann mit der Fortsetzung jener Erörterungen, die in den Verhandlungen der Mittelparteien und Deutschnationalen in breiter Form wochenlang immer wieder in der Öffentlichkeit geführt worden sind. Aus den Auseinandersetzungen, die durch eine Erklärung der Mittelparteien und durch eine Rede des Grafen Westarp geführt wurden, gingen die großen politischen Gesichtspunkte, über die jetzt entschieden werden muß, nicht hervor.

Da erhob der Genosse Löbe durch seine überaus glänzende Rede die Debatte auf das Niveau einer großen politischen und ideellen Auseinandersetzung mit dem Problem der deutschen Gegenwart. Diese Rede durchleuchtete den Sinn des politischen Geschehens, der im Partei-gezänk der letzten Verhandlungen um die Regierungsbildung unterzugehen drohte. Die Rede des Grafen Westarp war die Ankündigung der Opposition der Deutschnationalen gegen die neue Regierung Marx. Aber aus dieser Ankündigung der Opposition sprach nur zu deutlich die Hoffnung, aus der Opposition von heute zum Bundesgenossen von morgen zu werden. Aus dieser Hoffnung heraus vermied Westarp die antithetische Zuspitzung der trennenden politischen Fragen gegenüber den Mittelparteien.

Sein Kampf galt der Sozialdemokratie! Um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wollen die Deutschnationalen die Führung der Reichsregierung. Um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wollen sie Preußen. In der Sozialdemokratie sehen sie die Kampfstellung der Republik und des demokratischen Fortschritts, die sie zerschlagen müssen, ehe sie in Deutschland zurückkehren können zum alten reaktionären Kurs der Monarchie. Um die Bundesgenossenschaft der Mittelparteien in diesem Kampf warb Westarp in seiner Reichstagsrede. Obedientlich vorflüchtig verhielt er sich in der Frage der Außenpolitik, in der er die Stellung seiner Fraktion auf die Formel brachte: „die Annahme des Gutachtens im ganzen scheint mir nicht möglich zu sein.“ Die Lage des Bürgerblocks ist noch nicht endgültig vorüber. Die Auseinandersetzungen der nächsten Wochen im Parlament werden die Entscheidung bringen müssen, ob die heutige Konstellation zur dauernden wird.

Nach Westarp arbeitete Genosse Löbe in seiner ausgezeichneten, das ganze Haus in Bann zwingenden Rede den großen Gegensatz heraus. Mit der Rückkehr des Genossen Löbe in die parlamentarische Feldschlacht hat die Partei einen glänzenden, fesselnden und gedankenreichen Redner zurückgewonnen, dessen Humor die Gegner zugleich niederschlägt und entwaffnet. Die Rede Löbes diente der geschichtlichen Wahrheit, daß jene Außenpolitik, die von der Sozialdemokratie zuerst mit aller Entschiedenheit vertreten und gegen alle Anstürme verteidigt wurde, sich als die zwingend notwendige Gegenwarts politik erwiesen hat. Löbe zeigte, daß zwar wohl durch die Opposition gegen die Erfüllungspolitik die extremen Parteien gewachsen wären, daß aber gleichzeitig die Gedankengänge der Erfüllungspolitik auch diese Parteien selbst mit zwingender Gewalt in ihren Bann gezogen hätten. Zunächst die Volkspartei, bis nunmehr auch die Deutschnationalen vor dem Wege nach Damaskus stünden, schwankend zwar und zögernd, nicht ohne Zurückweisen, aber mit der Unsicherheit, die das erste Symptom des Umfalls ist.

Westarp bekämpfte die deutsche Demokratie, Löbe verteidigt die deutsche Demokratie als die Hoffnung der Zukunft. Westarp lehnt der Wendung des politischen Kurses in Frankreich und England den Willen zur Wendung des deutschen Kurses in entgegengesetztem Sinne entgegen. Löbe erwiderst offen und ehrlich das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Demokratie, weil aus diesem Vertrauen der Friede für Deutschland hervorzunehmen werde. Westarp will die neuere und bessere Atmosphäre für Verständigungsverhandlungen zerstören, Löbe verteidigt den Gedanken des Friedens und der Verständigung.

Aus diesem Gegensatz Westarp-Löbe ging mit aller Klarheit hervor, daß die deutsche Sozialdemokratie ideal die führende Partei in Deutschland ist. Sie ist die Trägerin der Idee der Verständigung und des Friedens, sie ist die Trägerin und festeste Stütze jener Außenpolitik, die in der Gegenwart für Deutschland notwendig ist. Zwei Wege zeigte diese Reichstagsführung: den Weg der Reaktion, der Europa dauernd mit Krieg und Unrecht erfüllen muß, den Weg der Sozialdemokratie, der zum Frieden und zur Verständigung führt.

Die Rede Löbes gipfelte in einer starken Proklamation des Willens der Arbeiterchaft zum kulturellen Aufstieg und zur sozialen Gerechtigkeit. Der Gedanke des Sozialismus leuchtete aus dieser Rede klar und hell hervor. Auch hier kam der große innere und soziale Gegensatz gegenüber dem Nationalwillen der Deutschnationalen zum Ausdruck. Zwei Wege in der äußeren wie in der inneren Politik liegen vor dem deutschen Volke. Heber die Wahl des rechten Weges kann kein Zweifel bestehen.

Herr Graefe hielt schließlich eine Rede im schlimmsten Stile der völkischen Nordhege gegen den Reichskanzler Dr. Marx. Ihr gegenüber müssen fast die früheren Heßreden Helfferichs verbleiben.

Präsident Wallraf eröffnete die Reichstagsführung heute um 10 Uhr 25 Min.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung. Verbunden damit wird die erste Lesung des Notausfalls für 1924.

Nach einer Erklärung des Abg. Scholz (D. Sp.) für die drei Mittelparteien, einer Rede Westarps (Dnat.) und einer Erweiterung des Reichskanzlers Marx ergriff das Wort der

### Abg. Löbe (Soz.):

Das Kernstück der nächsten Zeit ist die Stellungnahme zu dem Sachverständigen Gutachten, wie sich zu ihm die Parteien stellen, der Reichstag stellt, endl. der nächste Reichstag (Heiterkeit), wie sich das deutsche Volk dazu stellt, falls es zu einer direkten Entscheidung aufgerufen werden sollte. Davon hängt unser Schicksal in den nächsten Jahrzehnten ab.

Darauf kommt es an, ob unsere Wirtschaft wieder voll in Gang kommt, ob 60 Millionen unserer Volksgenossen Nahrung, Kleidung und Wohnung finden, darauf kommt es an, ob wir uns als Reich und Volk erhalten können.

(Beifall b. d. Soz.) Die Ausführungen des Grafen Westarp nötigen mich, einiges voranzuschieben. Die starken Worte, die wir von ihm gehört haben, erinnerten mich an einen Ausspruch von dem Großvater jenes neuen Mitgliedes des Reichstages, dem Jugend und Raimen vorzumerzen ein spießbürgerliches Unterfangen wäre. Dieser Großvater hat nicht nur starke, sondern auch schwache Zeiten seines Vaterlandes gesehen und als Abgeordneter des Preussischen Landtages sagte er: „Es ist leicht für einen Staatsmann, im Kabinett oder in der Kammer in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminsfeuer zu wärmen. Oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Rustetier, der auf dem Schnee verkrüppelt, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt.“ Die augenblickliche Lage Deutschlands ist dazu angetan, dieses Wort Bismarcks in Erinnerung zu bringen. (Große Unruhe rechts.)

Als die Deutschnationale Partei noch in keine Regierungskombination einbezogen war, hat sie auch von dieser Stelle aus ihren Spott geübt über die Jangengeburten, die bei neuen Regierungsbildungen nötig werden. Diesmal sind Sie (nach rechts) ganz hervorragend in die Kombination einbezogen worden. Die erste Probe von Kraft und Verjüngung bei derartigen Akten haben Sie wirklich nicht bestanden. Sehr möchte ich aber spöttisch fragen: Wieviel Aufwand ist unnütz veran, wieviel Kleinsich, allzu Menschliches hat sich in diesen Verhandlungen gezeigt? (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn ich mich eines Ausdrucks bedienen wollte, den ich neulich von der Rechten gehört abe, so würde ich sagen:

Und wieviel Knochenentwöhnung gehört dazu! (Beifall bei den Soz.) Dieser Bergleisch ist wirklich nicht übertrieben, wenn man darauf hinweist, daß jedesmal, wenn der Kontrahent zur Bordertür hinausgeworfen wurde, er zur Hintertür wieder hineinkam (Sehr gut und Heiterkeit links). Umgekehrt verstehe ich es nicht, daß der Reichskanzler Marx und die Mittelparteien diesen Vorgängen nicht eher ein Ende gemacht haben, daß sie überhaupt diese Verhandlungsweise geduldet haben, und ich hoffe, daß sie dabei nicht von dem Gesichtspunkt ausgegangen sind, daß sie in dem Augenblick, wo sich ihre Verbindung mit der rechten Seite zerschlägt, auf der andern Seite ihnen eine Kombination zur Verfügung steht, die auf alle Fälle für sie einspringt.

Herr Reichskanzler, diese Regierungsbank hätten Sie vor Wochen auch schon haben können.

(Sehr wahr! links.) Wenn Graf Westarp sagt, das parlamentarische System sei ganz untragbar für Deutschland, so stellt er damit unser eigenes Volk tief unter alle Völker mit parlamentarischen Einrichtungen, nicht nur unter die großen angelsächsischen und romanischen Nationen, die sozial Selbstbewußtsein haben (Zuruf rechts: Das fehlt Ihnen!), sondern auch unter die germanischen Nationen des Nordens, die gar nichts anderes als parlamentarische System kennen. In demselben Augenblick aber, wo Graf Westarp das parlamentarische System als unbrauchbar erklärt, verlangt er auf Grund dieses Systems, daß der Reichspräsident der stärksten Partei angehört.

Wenn wir doch endlich mal den Augenblick erleben wollten, wahre Ueberzeugungstreu bei jenen Herren zu sehen!

Ueber die handbüchernen Unrichtigkeiten gegenüber dem Sachverständigen Gutachten, die sich Graf Westarp erlaubt hat, werde ich später sprechen. Wir bedauern diesen langen Regierungshandel besonders wegen seiner Rückwirkung auf unsere internationalen Notwendigkeiten. Im vorigen Reichstag sprach der Außenminister von dem Eiderstreifen am Horizont. Dieser Optimismus wurde damals verspottet, aber heute bestreitet niemand mehr, daß im Westen die Wellenwand sich zu heben beginnt. (Widerpruch rechts.) Die Zeitungen der Rechten haben selbst

darauf hingewiesen, daß durch die französischen Wahlen der nationale Bloch eine schwere Niederlage erlitten hat.

in Frankreich die Demokratie triumphiert.

daß die Linksmehrheit andere Wege einschlagen wird als Poincaré (Ruf rechts: abwarten!), daß in Frankreich der starke Wille zu einem wirklichen Frieden besteht und zu einer vernünftigen Verständigung mit Deutschland, von der auch Herr Hergl in seinem Interview mit dem „Lokalanzeiger“ sprach. Ich erinnere an die Kundgebung Herriots, an die Eröffnungssprache des französischen Alterspräsidenten, an die Bemühungen, den Präsidenten Millerand zu enternen und an die gestrige Rede des Kammerpräsidenten Painlevé.

Dieses Vertrauen zur deutschen Demokratie erwidern wir offen und ehrlich.

weil wir uns davon eine Befriedigung versprechen. Gewiß belastet uns das Sachverständigen Gutachten schwer, auch die neue französische Regierung wird die Wiederherstellung verlangen, aber es ist eine andere Atmosphäre in die Verhandlungen gekommen. Wir hoffen, daß die im Gutachten nicht berührten Fragen zur Verständigung führen werden, namentlich die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen. Diese Verständigung wird gerade dann am schwersten herbeizuführen sein, wenn wir sie zur Bedingung machen. (Widerpruch rechts.) Voraussetzung für die Verständigung ist allerdings

daß auch bei uns der gute Wille herrscht und die Härden aufhören, denn alle nationalistischen Kundgebungen können die Gefangenschaft nur verlängern. Deshalb begrüßen wir es, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung sitzen, denn, wenn sie sich auch auf den Boden des Sachverständigen Gutachtens stellen, würde doch niemals das Mißtrauen des Auslandes zerstreut werden. Bei aller Rücksicht auf das Alter muß ich sagen, Herr von Tirpitz hätte sich selbst sagen sollen, daß seine Kandidatur wie ein Alarmeruf wirken würde. Graf Westarp hat sich ja selbst in England erkundigt, welche Wirkung die Kandidatur des Herrn von Tirpitz haben würde. (Ruf auf der Rechten: Lüge! — Lärm.) Berechtere Herr Zwischenrufer, ich kenne Sie nicht. Aber wenn Sie mir Lüge zurufen, so haben Sie nicht beachtet, daß der Abg. Koch vorhin den Zwischenruf machte, daß in unseren Verhandlungen protokollarisch erwiesen ist, daß Graf Westarp selbst eine solche Erklärung abgegeben hat.

Sie (zu den Deutschnationalen) haben die stärkste Fraktion herbeigeführt mit Abgeordneten, die unter einer anderen Firma gewöhlt wurden. Sie haben im Moment Ihres Sieges gewisse Tendenzen, die wir vertreten haben, selber aufgenommen, insbesondere in der Frage des Sachverständigen Gutachtens, zwar schwankend, zögernd, aber doch mit derjenigen Sicherheit, die das erste Symptom des Umfalls ist.

Abg. Löbe wird von den Kommunisten fortgesetzt unterbrochen und wendet sich, nachdem er längere Zeit diese Unterbrechungen nicht beachtet hat, ihnen mit folgenden Worten zu: Ich hätte gewünscht, daß am Tage der Eröffnung des Reichstages die Wände dieses Saales hinausgerückt worden wären bis an die Grenzen des Reiches und daß

die ganze deutsche Arbeiterchaft gesehen hätte, was hinter dieser abgemachten und bestellten Entrüstung auf Kommando steht.

(Stürmische Zustimmung bei den Soz. und in der Mitte, Geschrei der Kommunisten.) Ich weiß sehr wohl zwischen ehrlicher Entrüstung und anderer zu unterscheiden. Ich weiß, daß Abg. Kemmerle vor einigen Tagen hier ehrlich entrüstet war, aber ich weiß genau zu erkennen, welche Entrüstung auf Bestellung gespielt wird und

aus der man dann, nachdem das Kommando erfüllt ist, wieder in das behagliche bürgerliche Leben zurückfällt.

(Gedrüll der Kommunisten.) Ich gebe die Ueberzeugung nicht auf, daß außerhalb und auch innerhalb dieses Saales — ich sehe auch (zu den Kommunisten) unter Ihnen eine ganze Anzahl abgedämmerter Proletariatsgesichter —, daß sich auch unter Ihnen viele aufbäumen werden gegen diese Methode, die das Ansehen der Arbeiterchaft schädigt.

(Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe bei den Kommunisten.) In Mecklenburg, Thüringen und Sachsen hat diese Entwicklung schon begonnen — aber auch bei den Bäckern! In Bayern haben die Bäckischen von der Landtagswahl bis zur Reichstagswahl 40 000 Stimmen verloren, ein Beweis dafür, welcher Schaden einfindet sich da anstellt. (Zuruf von den Bäckischen: Weil alle Führer eingesperrt sind! Stürmische Heiterkeit.)

Wie können Sie überhaupt glauben, daß auf Ihre Seite eine Mehrheit des deutschen Volkes treten wird, wenn wir sehen, welche lange blutige Spur hinter den Anfängen Ihrer Organisation herläuft!

Fast jeder Nordprozeß dieser Lage bringt neue Beweise dafür. Angefangen von jenem Ehrhardt, den Sie heute abschütteln, der beim Rapp-Putsch aber noch Ihr Führer war, der des Meinschids angelegt, ein armes Mädchen ins Gefängnis bringt und sich selbst davon macht, über alle diese Morde und Nordprozeße — welche Reite! Wie können Sie, die doch auf die deutsche Offizierschule halten, noch Verbindungen aufrecht erhalten mit diesem Schmutz und Blut,

die an Ihren Anfängen leben. (Geschrei bei den Nationalsozialisten. Sie haben Deutschland zugrunde gerichtet! — Gegenrufe links — minutenlanges Lärm. — Abg. Henning: Sie haben nicht das Recht, über Offizierslehre zu sprechen!) Herr Henning, Sie haben gestern erklärt: Wir brauchen keinen Schutz der Polizei, wir sind schärfste Gegner der Juden, an unserem staatsparten Willen werden Sie sich zerschmettern."

Herr Henning, sind Sie nicht selber zu dem jüdischen Beiter der Berliner politischen Polizei gegangen, um ihn zu bitten, Ludendorff auf seinem Weg zum Reichstag zu schützen? (Hört, hört! links. — Großes Geschrei bei den Nationalsozialisten.) Herr Henning hat sich zur persönlichen Bemerkung gemeldet, ich bitte, alles bis dahin zurückzustellen. Es wird sich alles bis auf das letzte 3-Tüpfelchen herausstellen.

Lassen Sie mich in meinen sachlichen Ausführungen fortfahren: Ihr Abgeordneter Ludendorff mußte, daß in dem Jahrmillionenheer, das jahrelang draußen kämpfte, Millionen von Sozialdemokraten standen, denen er selber oftmals Dank für ihre Führung und Loyalität ausgesprochen hat. Ludendorff mußte, daß zwei Reichstagsabgeordnete für das Vaterland gefallen sind, ein Jude und Sozialdemokrat, Dr. Ludwig Frank, und ein Weisse, den man damals auch einen Reichsfeind nannte. Wie konnte Ludendorff unserer Partei die Schmähung des Dolchstoßes nachrufen? Würde er denn nicht, daß unter den Gräbern

hunderttausende Söhne von Sozialdemokraten ruhen bis hinauf zum Reichspräsidenten, dessen beide Söhne auch gefallen sind. (Neue Schmährufe der Nationalsozialisten werden durch stürmische Rufe links und in der Mitte „Ruhe!“ zum Schweigen gebracht.) Ihr Dr. Gansler hat den Reichspräsidenten geschmäht, der seine Söhne geopfert hat. Welche politische Klugheit gehört dazu, daß Sie die Sozialdemokraten und Kommunisten unausgesetzt des Dolchstoßes beschuldigen, während Sie doch die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen wollen, in deren Heer Sie die Millionen Männer brauchen würden, die Sie schmähen. (Große Unruhe rechts.) So lange Sie mit Ihren Wappentänzen, Fahnenmessen und „Deutschen Tagen“ alles zerschlagen, was eine vernünftige Außenpolitik für Deutschland erreichen könnte, so lange müssen wir die notwendige Militärkontrolle ertragen, wie die Heuschrecke, daß man uns zur Abwehr zwingt, während die anderen weiterströmen können. Welche politische Klugheit, die französische Macht und den französischen Druck über unsere besetzten Gebiete unausgesetzt zu verstärken! Wir verlangen, daß die Regierung all diesen Kundgebungen entgegentritt, wir werden aber

auch selbst für Abwehr sorgen.

Alles, was Ihnen erlaubt ist, ist auch uns erlaubt und Sie werden

in wenigen Wochen eine republikanische Organisation von „Stahlhelmen“ und „Wegwässern“, nicht mit diesen Namen und nicht mit diesen Zielen, aber von deutscher Arbeiterjugend auf den Füßen stehen sehen, die die Freiheit des Volkes verteidigt. (Große Unruhe rechts, stürmischer Beifall links.)

Sich bis am Schluß. Graf Westarp tritt, wenn er behauptet hat, daß das Sachverständigengutachten den Abbau von 40 Proz. der Eisenbahnen verlange. Das Gutachten sagt nur, daß die Abbaumöglichkeit beweisbar, daß zumeist Personal vorhanden sei. Das hat aber Dr. Helfferich drei Jahre lang hier gesagt. Gegenüber Ihren Vorwürfen wiederhole ich, was ich im Namen meiner Partei bei der Annahme des Friedensvertrags in der Weimarer Nationalversammlung gesagt habe: Wir wissen, daß wir vor der Welt die Verantwortung tragen. Wir wissen, daß wir kommende Generationen und nicht nur uns belasten, aber wenn einfließ unsere Kinder Rechenschaft fordern für die Verpflichtungen, die wir ihnen und ihren Nachkommen auferlegt haben, so legen wir ihnen schon heute,

daß Sie für all dieses Unglück nicht diejenigen verantwortlich machen können, die jetzt dem furchtlichsten aller Kriege ein Ende bereitet, sondern diejenigen, die ihn herbeigeführt haben. (Stürmischer Beifall links.)

Der Drang nach Weltbeherrschung, der Imperialismus, der Drang nach Gewinn und Ausbeutung, der Kapitalismus haben diesen Krieg herbeigeführt, der unser Volk und auch alle anderen Völker so schwer getroffen hat.

Unsere geschichtliche Aufgabe bleibt der Kampf gegen diese Gewalten. Trotz der Niederlage sind wir nicht hoffnungslos. Wir blicken hinaus über die Grenzen unseres Landes.

Wir sehen die englische Arbeiterklasse in langsamen, sicheren Schritten dem Sieg entgegenzueilen. (Lachen rechts.) Wir sehen in Frankreich den großen Erfolg der Sozialdemokratischen Partei. Wir sehen die Erfolge unserer Genossen in Dänemark, Schweden, Oesterreich. (Zuruf rechts: Italien!) Wir begrüßen diese Entwicklung. Wie schlagen ein in die Hand unserer Brüder und der anderen Völker. Wir erhoffen von dieser Entwicklung die Befreiung Europas. Hier aber verteidigen wir die Schanze, in der wir kämpfen, die Deutsche Republik! (Stürmischer Beifall links, Zischen rechts, Murren der Kommunisten.)

Nach der Rede Löbes richtete Frau Gohle (Komm.) die üblichen Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie. Bei Schluß des Wortes spricht der Deutschvölkische v. Graefe.

### Die Erklärung der Mittelparteien.

Zu Beginn der Verhandlungen hatte zunächst Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) im Namen des Zentrums, der Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung abgegeben:

Die drei genannten Fraktionen haben seit Beginn der Verhandlungen über die Regierungsbildung keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihr Ziel die Einigung des Reichstags auf möglichst breiter Front zur Erledigung der augenblicklich im Vordergrund stehenden außenpolitischen Fragen war. Sie haben dies Ziel in langen, immer wieder erneuten Verhandlungen zu erreichen versucht.

Dabei stand für sie von vornherein unversärblich fest, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage des gesamten Vaterlandes und bei der Lage der besetzten Gebiete im besonderen die schnelle Annahme des Sachverständigengutachtens als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage unbedingt erforderlich sei. (Beifall.) Nur eine solche Haltung der Regierung wird unserer Wirtschaft die notwendigen ausländischen Kredite zuführen können, ohne die die wirtschaftliche Katastrophe kaum aufzuhalten ist. Dieser Standpunkt bedeutet Festhalten an der bisher von der Regierung eingeschlagenen Richtung der auswärtigen Politik. Ohne ein klares und eindeutiges Bekenntnis hierzu war eine materielle Grundlage für die Regierungsbildung nicht zu gewinnen. Eine solche eindeutige Erklärung war zum lebhaften Bedauern der drei Parteien von der Deutschnationalen Volkspartei trotz ihres erneuten Versuches nicht zu erlangen. Die mit ihr geführten Verhandlungen mußten daher als gescheitert angesehen werden. Einen anderen Weg zur schnellen Bildung einer aktionsfähigen Regierung als die Einigung auf der Basis der bisherigen Koalition gab es nach Lage der Dinge nicht mehr. Die drei Parteien haben infolgedessen im Interesse des Vaterlandes das Opfer auf sich nehmen müssen, zur

Bildung der gegenwärtigen Regierung zusammenzutreten. Wir sprechen der Regierung das Vertrauen aus, daß sie im Verlaufe ihres Programms nunmehr schleunigst alle Vorbereitungen trifft, die auf Grund des Sachverständigengutachtens erforderlich sind. Wir erwarten, daß sie gleichzeitig diejenigen politischen Forderungen durchsetzt, die sie selbst als unerlässlich für die Ausführung des Sachverständigengutachtens bezeichnet hat. Nur ein solches Verhalten der Regierung entspricht den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, aber auch den politischen Forderungen des Volkes. (Sehr wahr b. d. Mittelparteien. Widerspruch rechts. Ruf b. d. Nazis: Das Volk hat mit dieser Regierung nichts zu tun.) Wer sein Vaterland liebt, der muß im Augenblick höchster Not national fühlen und auch den inneren Zwang empfinden, national zu handeln! (Beifall b. d. Mittelparteien.) Das getan zu haben, nehmen wir für uns in Anspruch. (Große Unruhe und Zurufe b. d. Nazis und Dnatl. Beifall b. d. Mittelparteien.)

### Die Antwort der Deutschnationalen.

Abg. Graf Westarp (Dnatl.): Ich möchte zunächst auf den Punkt hinweisen, der bei meinen Freunden und mir im Vordergrund steht. Es ist ein Rufschrei der deutschen Seele (Lärm bei den Kommunisten), ein deutscher Rufschrei (großer Lärm und Zurufe bei den Kommunisten), den Sie (zu den Kommunisten) als Vorkämpfer nicht verstehen (großer Lärm bei den Kommunisten), ein Rufschrei, der auch im Ausland gehört werden muß. Das deutsche Volk bekennt sich darauf, daß seine Ehre im Spiele ist. (Beifall rechts.) Und daß es nicht weiter angeht, mit einem erlogenen und erprehten Bekenntnis das deutsche Volk verurteilen zu wollen zu dauernder Knechtschaft. (Beifall rechts.) Das wollen auch wir zum Ausdruck bringen, und wir sind der Meinung, daß das Sachverständigen Gutachten gewesen wäre, und eine Regierung, an der wir uns beteiligen hätten, hätte das getan. (Sehr richtig rechts.) Die Regierung hätte feststellen müssen, daß das Schuldverhältnis des Artikels 232 des Versailler Vertrages unwahr war und nicht mehr aufrechterhalten werden kann. (Sehr richtig rechts.) Eine Regierung, die zu dem Sachverständigen Gutachten Stellung nimmt, muß Widerspruch gegen die Schuldfrage erheben. Wir haben das zu einer Bedingung unseres Eintritts in die Regierung gemacht. Ob diese Bedingung angenommen worden wäre, ist uns nicht mitgeteilt worden. (Hört, hört! rechts.)

Das Wahlergebnis vom 4. Mai verlangt einen vollständigen Umschwung der Gesamtpolitik. Die drei großen Parteien, die gestern hinter der Regierung gestanden haben, haben im Jahre 1919 44, im Jahre 1921 41,9, im Jahre 1924 nur noch 29,1 Proz. aller Stimmen erhalten. (Beifall rechts, hört! rechts.) Die Sozialdemokratie, der Hauptträger der großen Koalition, brachte es 1919 auf 44,2, im Jahre 1923 auf 41,6, im Jahre 1924 nur noch auf 20,9 Proz. aller Wähler. (Erneutes lebhaftes Hört, hört! rechts.) Die Gesamtheit dieser Stimmen sank von 88 Proz. im Jahre 1919 auf nur noch rund 50 Proz. am 4. Mai. Dieses Ergebnis spricht eine deutliche Sprache. Auf der anderen Seite sind wir von 9,9 auf 22,8 Prozent aller Wahlstimmen angewachsen; dazu kommen die 6,7 Proz. der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, so daß auf dieser Seite sich 29 Proz. ergeben. Noch größere Erfolge in unserem Sinne hat am 4. Mai das Ergebnis der Gemeindevahlen offenbart. Dazu tritt der gewaltige Aufschwung des völkischen Gedankens im deutschen Volke. (Stürmischer Beifall auf der ganzen Rechten.) Die Aufgabe unserer Partei, die jetzt 105 Mitglieder zählt, war und ist es, den grundlegenden Umschwung herbeizuführen. Das Wahlergebnis verpflichtet uns, aber auch zu sagen, daß wir nicht allein die Führung der Geschäfte im Reich übernehmen können; bei einer Regierungsmehrheit, an der wir beteiligt sind, muß links von uns bis zum Zentrum gegangen werden. Wir sind entschlossen, alles zu tun, um zu einer Regierungsbildung zu gelangen, wo auch wir entscheidenden, unserer Stärke entsprechenden Einfluß gewinnen. Bei den Verhandlungen haben wir Entgegenkommen gezeigt, das bis an die äußerste Grenze ging. Vorgestern, als uns der Reichskanzler mitteilte, daß er sich zu seinem Bedauern genötigt sehe, die Verhandlungen mit uns abzubrechen, sagte er hierzu, die Zeit dränge, die Regierung müsse in den nächsten Tagen vor den Reichstag treten, die bestehenden Schwierigkeiten müßten in der bleibenden kurzen Frist behoben werden. An dieser Ratlosigkeit glauben wir unschuldig zu sein. (Lachen bei den Kommunisten. Zuruf: Sie sind immer unschuldig!) Wir hätten, wenn es nach uns gegangen wäre, vorgestern schon vierzehn Tage weiter sein können, wir haben bereits unmittelbar nach der Wahl und noch am 15. Mai immer wieder darauf hingewiesen, daß die neue Regierungsbildung schleunigst erfolgen müsse. Große sachliche Schwierigkeiten haben der Regierungsbildung entgegengestanden. Aber alle diese Schwierigkeiten, politische wie wirtschaftliche, sind doch letzten Endes auf den furchtbaren außenpolitischen Druck zurückzuführen, unter dem unser Volk und unser Land lebt.

Das republikanisch-demokratisch-parlamentarische System ist nicht geeignet, uns davon zu befreien.

(Stürmische Zustimmung rechts.) Gleichwohl haben wir alles versucht, bis an die äußerste Grenze zu gehen. Auch der Herr Reichspräsident hat nicht Veranlassung genommen, uns mit der Regierungsbildung zu betrauen.

Unter den Parteien, mit denen wir verhandelt haben, schien uns der gute Wille, mit uns zu einer Einigung zu kommen, vollkommen zu fehlen bei den Demokraten. Im Zentrum und in der Deutschen Volkspartei sind starke Kräfte am Werke gewesen, von denen wir dankbar anerkennen, daß sie mit tätig gewesen sind, der Aenderung der Verhältnisse Rechnung zu tragen und mit uns zu einer Einigung zu kommen. Es ist wohl selbstverständlich, daß, wenn eine starke Partei von 105 Mitgliedern in die Regierung eintritt, dann nicht der bisherige Kurs unbeugsam und unverändert fortgesetzt werden kann, und daß ein solcher Anspruch wirksam muß ein laudinales Joch, unter dem wir uns nicht gebeugt haben? — Welches ist nun das Ergebnis? Ein gewaltiger Wahlkampf, schwierige Verhandlungen von Wochen, eine gewaltige Aufregung der Presse, ein Feldzug von Unwahrheiten! (Sehr richtig rechts und ironische Zustimmung in der Mitte.) Die jetzige Regierungskoalition stützt sich auf nur 138 Abgeordnete, noch nicht ganze 30 Proz. der Gesamtzahl. Aber auch mit der Sozialdemokratie langt es nicht dazu, eine von Zufälligkeiten unabhängige Regierungsmehrheit zu schaffen.

Ich habe mich dem Eindruck nicht entziehen können, daß die gestrige Regierungsprogrammrede des Reichskanzlers an den großen Problemen vorübergegangen ist. Es steht im Vordergrund ein energischer Kampf gegen die moskowitzische Sowjetpartei. Die Partei will Deutschland ausliefern einer Herrschaft des Schreckens. Und nach ihrem eigenen Einverständnis geht sie dazu den Weg des Bürgerkrieges. (Widerpruch und Lärm b. d. Komm.) Das Bürgerium wird sich dem entgegensehen. Und zu diesem Bürgerium gehören auch Millionen deutscher Arbeiter, die bereit sind, die Gefahr abzuwehren.

Präsident Walther: Vorhin ist der Ausdruck von links gekommen: Das legt einer von der Wörrderschule! Das ist eine Befehligung des Redners, die ich rufen muß.

Abg. Westarp (fortfahrend): Wir bringen die Kräfte mit, auch die Kräfte der großen Berufsstände, auf die wir uns verlassen, um die Gefahren einer zweiten Revolution zu bannen. (Beifall rechts.) Dazu gehört freilich, daß jede Regierung, an der wir uns beteiligen würden, einen entschiedenen und

klaren Trennungsschritt gegenüber der Sozialdemokratie

zieht. Deshalb verlangten wir auch eine Aenderung der Regierungserhältnisse in Preußen als Ergebnis der Wahl vom 4. Mai. Diese Lösung in Preußen war für uns unerlässliche Voraussetzung, um Preußens selber willen. Denn dort herrscht geradezu eine sozialdemokratische Mißwirtschaft. (Beifall rechts.) In bezug auf ein Programm der wirtschaftlichen Maßnahmen hat die gestrige Regierungserklärung verlagert. (Sehr richtig rechts.) Wir haben dafür ein Programm und hätten gern mitgearbeitet. Wir forderten daher einen Hinweis auf solche Absichten in der Regierungserklärung. Wir haben uns selbst Zurückhaltung darin auferlegt,

aber nun ist die Bahn frei, und wir werden eine Fülle von

Anträgen dem Hause vorlegen.

Gerade die Sozialdemokratie, die Arbeiterinteressen vertreten will, sollte bedenken, daß 40 Proz. der Eisenbahner abgebaut werden sollen. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten. In dem Gutachten heißt es, daß der Rückfunktentag einer der schwersten Fehler sei. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten: Steht gar nicht drin!) Jawohl! (Erneuter Widerpruch bei den Sozialdemokraten: Ferner wird verlangt, daß die Beiträge der Zölle und Steuern sehr wesentlich erhöht werden. (Auf b. d. Sozialdemokraten: Ist auch nicht wahr. Schwindell!) Auch in wirtschaftlicher Beziehung müssen wir das Gesamtergebnis abwarten, ehe wir dazu Stellung nehmen können. Wir müssen aber vor allen Dingen mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß die sogenannten politischen Fragen, die in dem Gutachten nicht behandelt sind, vor dessen Annahme eine für Deutschland befriedigende Regelung erfahren. (Zustimmung rechts.) Dazu gehört nicht nur die wirtschaftliche Befreiung von Rhein und Ruhr, die Herstellung der Verwaltungshoheit, sondern daß die französischen Garnisonen heraus müssen aus dem wider dem Versailler Vertrag besetzten Gebiet.

Abg. Westarp fährt fort:

Entscheidend ist für uns die militärische und politische Befreiung dieses deutschen Landes. Darum wollen wir an die Regierungsgewalt kommen und unser Volk zur Freiheit führen. Man hat uns wieder die Stelle der Opposition zugewiesen. Wir werden sie entlassen und kraftvoll führen. Eine abwartende Haltung gegenüber der Regierung einzunehmen, ist uns wegen der Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung nicht möglich. (Beifall rechts.)

Alles Vorgetragene möchte ich in die folgende Erklärung meiner Fraktion zusammenfassen, die ich mit Genehmigung des Präsidenten verlese:

Der Herr Reichspräsident hat unter völliger und offenbar planmäßiger Aushorchung des in dem Wahlergebnis zum Ausdruck gelangten Willens des Volkes nicht den Führer der stärksten Partei, sondern den zurückgetretenen Reichskanzler mit der Regierungsbildung beauftragt und damit den Gang der Verhandlungen in die Hände der bisherigen minderheitsregierenden Regierung gelegt. Dennoch hat die Deutschnationalen Volkspartei von Anfang an ihre volle Bereitwilligkeit zur Mitarbeit in der Regierung unter Zurückstellung eigener Wünsche unzweideutig bewiesen. Im Erkenntnis der historischen Bedeutung der Stunde hat sie sich sogar zum Eintritt in eine Regierung unter Vorsitz des bisherigen Kanzlers bereit gefunden und hat in sachlicher und persönlicher Beziehung eine außerordentliche Selbsterleugnung an den Tag gelegt. Trotdem hat der Reichspräsident sowohl wie der bisherige Reichskanzler die Verhandlungen in einem Augenblicke abgebrochen, in dem bei gutem Willen der anderen eine Einigung noch möglich gewesen wäre. Die Deutschnationalen Volkspartei zieht aus diesem Verhalten den Schluß, daß sowohl bei dem Herrn Reichspräsidenten wie bei ausschlaggebenden Teilen der bisherigen Regierungsparteien der gute Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert ist. Die Fraktion zieht hieraus die gegebenen Folgerungen, sie stellt vor dem deutschen Volke fest, daß sie zu der gegenwärtigen Reichsleitung kein Vertrauen hat. (Stürmischer, andauernder Beifall rechts, lärmender Widerspruch b. d. Komm.)

### Reichskanzler Dr. Marx.

(mit lärmenden Zurufen von den Kommunisten empfangen): Jede deutsche Reichsregierung wird es als eine Selbstverständlichkeit erachten, die Wahrheit über den Ursprung des Weltkrieges aufzuklären. Die im Versailler Vertrag formulierte Anschuldigung, daß Deutschland den Weltkrieg durch seinen Angriff auf Belgien, ist, wie überall bekannt, von der damaligen deutschen Regierung nur unter dem Druck übermächtiger Gewalt unterzeichnet worden. Niemand wird behaupten, daß diese erzwungene Unterzeichnung objektiven Wahrheitswert besäße. Seltener ist niemals von deutscher Regierungseite eine Erklärung abgegeben worden, die anerkennt, daß der Krieg auf einen Angriff Deutschlands zurückzuführen wäre. Wiederholt ist sowohl von Dr. Stresemann wie von mir unter voller Zustimmung der Regierungsparteien in Neben die Frage in diesem Sinne behandelt worden. Die Frage ist nicht durch leidenschaftliche Reden, sondern nur auf dem Wege nüchternen historischer Forschung zu klären. (Lärmender Widerspruch b. d. Nazis.) Zahlreiche Veröffentlichungen über die Entstehung der Katalstrophe von 1914 haben bereits den klaren Beweis erbracht, daß das Verbot von Versailles über die Schuldfrage vor den Tatsachen der Geschichte nicht zu bestehen vermag. Die deutsche Regierung ist entschlossen, ihrerseits alles zu tun, was der Wahrheit vollkommene zum Siege verhelfen kann. Das deutsche Aussenmaterial wird in kurzer Frist restlos der Öffentlichkeit unterbreitet sein und der Regierung die Möglichkeit bieten, die Rolle, die Deutschland in der Weltpolitik der Vorkriegsjahre gespielt hat, klärend darzustellen. Es wird abgesehen von unserer ehemaligen Kriegsgegner sein, in gleicher Aufrichtigkeit auch ihrerseits die Archive zu öffnen. (Große Unruhe und Geschrei b. d. Nazis, andauernder Lärm, Lärm der Präsidenten.) Der gestern von mir abgegebenen Erklärung habe ich nichts hinzuzufügen. Sie ist klar und eindeutig.

Der Vorkämpfer hat gegen den Herrn Reichspräsidenten Vorwürfe erhoben, als habe er irgendwie nicht sachgemäß gehandelt.

Der Reichspräsident war, solange das Kabinett noch nicht zurückgetreten war, nicht in der Lage und nicht berechtigt, irgendwelche Schritte zu tun, um ein Kabinett zu bilden. (Lärm und Zurufe rechts und links.)

Der Herr Reichspräsident hat Wert darauf gelegt — und darin stimme ich das ganze Kabinett mit ihm überein —, daß es nicht Aufgabe des Reichspräsidenten sein kann, stets der größten Partei des Hauses den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts zu geben. (Zuruf rechts: Unhöflich!) Ich erhebe den schärfsten Widerspruch gegen die Behauptung des Vorkämpfers, daß ich nicht von vornherein den festen Willen gehabt hätte, mit den Deutschnationalen eine Regierungskoalition herbeizuführen. Ich habe mir die beste Mühe gegeben, dies zu erreichen. (Abg. Hergt (Dnatl.) nicht zustimmend.)

Am Dienstag mußte die Sache zur endlichen Lösung gebracht werden, wenn nicht neues unstabiles Unheil über Deutschland kommen sollte. Dies habe ich auch den Herren von der Deutschnationalen Fraktion dargelegt.

Zwei Bestätigungspunkte waren absolut ausschlaggebend und maßgebend für mich: Es muß die Sicherheit bestehen und es mußten auch Erklärungen gegenüber dem Auslande abgegeben werden, daß in der Richtung der bisherigen auswärtigen Politik keine Aenderung eintreten werde. (Zuruf und großer Lärm rechts.) Ich befand mich bei dieser Einstellung in vollkommener Übereinstimmung mit den jetzigen Regierungsparteien. Eine Zustimmung hierzu war von den Herren der Deutschnationalen Partei nicht zu erreichen. Ich habe allerdings den größten Wert darauf gelegt, Herrn Dr. Stresemann in der Regierung zu halten, da er mir die wertvollste Gewähr für eine unveränderte Fortführung der auswärtigen Politik zu bieten schien. An der Person des Herrn Dr. Stresemann sollte und durfte aber die Koalition nicht scheitern, auch nicht nach dem Willen des Herrn Dr. Stresemann. Er hat mir die Erklärung abgegeben, daß seine Person keine Rolle spiele und er bereit sei, seine Person zurückzustellen. Ferner will ich hier nur bemerken: Von Anfang an habe ich keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich es ablehnen müßte und ablehnen muß, irgend einen Einfluß auf preussische Regierungsverhältnisse zu nehmen (große Unruhe rechts), und daß ich diesem Verlangen zu entsprechen nicht in der Lage war. Deshalb konnten die Verhandlungen nicht zu einem Ergebnis führen. Wenn Herr Graf Westarp dann zum Schluß sagte, meine Biographie sei an Rhein gestanden, ja, Herr Graf Westarp, darin scheitert sich unser Weg: Ihre Politik schlägt nicht die Rheinlande. (Beifall rechts bei den Mittelparteien, Händeklatschen im Zentrum.)

(Schluß im Morgenblatt.)

# Freispruch im Claßprozeß.

## Eine unmögliche Urteilsbegründung.

Im Prozeß gegen Thormann und Grandel, die wegen Anstiftung zur Ermordung des Generals Seedeit angeklagt waren, wurde heute vormittag 10 Uhr folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die Urteilsbegründung hat folgenden Wortlaut:

Die gefährliche und verabscheuenswerte Bereitwilligkeit weiter Kreise zu Mordtaten ist eine Folge des Krieges und der Nachkriegszeit, ebenso wie die damit in Verbindung stehende gefährliche und verdammenwerte Spießbücherei. Beide Angeklagten haben den Wunsch nach der Beseitigung des Generals v. Seedeit gehabt, und sie haben diesem Wunsch auch laut Ausdruck gegeben. Dabei mag in ihrer Ansicht nicht ohne Einfluß gewesen sein die Ansicht des Justizrat v. Claß, daß der General v. Seedeit für Deutschland ein Schlingel sei. Das Justizrat Claß etwa die Ermordung des Generals v. Seedeit gewünscht hat, ersieht dem Gericht ausgeschlossen. Diese Ansicht ist auch durch die eidliche Vernehmung des Herrn Justizrats Claß einwandfrei widerlegt worden. Trotzdem ist das Gericht nicht zu einer Verurteilung der Angeklagten gekommen, denn § 43 StGB. besagt, daß zwei Personen zur Begehung einer Tat in Willensübereinstimmung handeln müssen. Eine Verabredung zum Mord liegt jedoch nur vor, wenn beide Teile als Täter oder als Gehilfen den entscheidenden Willen haben, bei der Begehung des Verbrechens tätig zu werden. Eine Verabredung mit Spießbüchern gibt es nicht, weil diese den ernstlichen Willen zur Tat nicht haben. Insofern ist das Gericht der Auffassung des Reichsgerichts gefolgt. Nun hat die Verhandlung ergeben, daß Lettenborn und Köpfe den festen Willen zum Mord nicht hatten. Infolgedessen liegt auch eine ernstliche Verabredung zwischen den Angeklagten und den beiden Zeugen Lettenborn und Köpfe nicht vor, denn Lettenborn und Köpfe haben amtlichen Stellen zu erkennen gegeben, daß es keineswegs ihr Wille war, auf die Wünsche der Angeklagten einzugehen. Infolgedessen hat sich auch der Plan zum Mord nicht ernsthaft verfestigt. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß vielleicht ein Versuch zum Mord vorlag, der an sich strafbar ist, aber in diesem Falle hier würde es sich nur um den Versuch eines Verbrechens handeln, und dieser ist nach dem Gesetz nicht strafbar. Strafbar ist vielmehr die Aufforderung zum Mord. Voraussetzungen für die Aufforderung aber ist wiederum der ernstliche Wille sowohl des Auffordernden als des Aufgefordernten. Geht man davon aus, daß Thormann und Grandel eine Aufforderung zum Mord versucht haben, so besteht doch wiederum die Tatsache, daß Lettenborn und Köpfe selbst die Aufforderung zur Tat nicht ernst genommen haben. Es kommt schließlich noch Anstiftung zum Mord in Frage, aber auch hier ist wiederum festzustellen, daß Lettenborn und Köpfe selbst die Anstiftung nicht ernst genommen haben. Aus diesem Grunde waren die Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freizusprechen. Die Haftbefehle gegen beide Angeklagten werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Das Bemerkenswerteste an diesem Urteilspruch ist, daß die beamteten Richter mit den Geschworenen mehrere Stunden gebraucht haben, um diesen Freispruch für Mordanstiftung fertigzustellen. Denn praktisch läuft die Urteilsbegründung darauf hinaus, daß ein wohl vorbereiteter Mordplan dann als nicht vorhanden angesehen wird, wenn der gedungene Mörder entweder nur zum Schein den an sich ernsthaft gemeinten Auftrag übernommen hat oder vor Ausführung der Tat Bedenken bekommt und dann einen Scheinwillen vortäuscht.

Ganz zweifellos hat die Verhandlung ergeben, daß Thormann irgendein Subjekt suchte, das den General v. Seedeit zu töten bereit sei. Ebenso ernsthaft ist nachgewiesen, daß Grandel hinter Thormann stand und ihn bei seiner Tätigkeit unterstützte. Sie hatten also, um die Worte des Gerichts anzuwenden, den „Tatwillen“, einen Mörder zu dinge. Daß die Personen, die ihnen zu diesem Zwecke gut und brauchbar erschienen, die Lettenborn und Köpfe, in diesem besonderen Falle verлагten, lag ebenso zweifellos außerhalb ihrer eigenen Kalkulation. Sind sie deshalb nicht strafbar? Das Gericht ist auf die merkwürdige Konstruktion gekommen, daß deshalb, weil Lettenborn und Köpfe nur Scheinmörder waren, auch die Auftraggeber straflos bleiben müssen.

Setzen wir den Fall, daß den Thormann-Grandel statt Lettenborn-Köpfe etwa die Unterkmann-Weichardt-Grenz in die Hände gelaufen wären: diese hätten, wie im Falle Harden erwieken, bedenkenlos den Versuch unternommen, der in der Willensrichtung der Thormann-Grandel lag. Der Mordwille wäre also vollständig klar gestellt. Und selbst wenn der eigentliche Anschlag in letzter Stunde verhindert worden wäre, so würde doch ganz offen die Strafbarkeit der beiden Auftraggeber feststehen.

Jetzt liegt nun ganz derselbe Tatbestand vor mit dem einzigen Unterschied, daß die beiden vermeintlichen Bedungen nicht die Absicht gehabt haben, den ihnen gewordenen Auftrag auszuführen. Und lediglich aus diesem Grunde, der vollkommen außerhalb der Erwägungen der Thormann-

Grandel lag, bleibt ihre eigene rechtswidrige Handlung ungeführt! Sie werden jetzt möglicherweise noch als Leute von besonderer vaterländischer Gesinnung gefeiert werden, und die alldeutschen Tintenschreiber werden nichts unterlassen, um die klaren Gewässer durch den Hinweis auf die Spießbücherei eines Gilbert zu trüben.

Sicher ist die Spießbücherei, die in dem Prozeß wieder einmal enthüllt wurde, eine der übelsten Erscheinungen der Gegenwart. Sie gleicht den Blasen, die aus dem Sumpfe aufsteigen pflegen und durch ihr Erscheinen den moorigen Untergrund bekunden. Die Tätigkeit solcher zweifelhaften Gestalten, wie Gilbert eine darstellt, und wie sie zu Hunderten und Tausenden in Deutschland herumlaufen, ist nur ein Beweis für die gesellschaftliche Zersetzung, die die Nachkriegszeit für unser Volk gebracht hat. Es wird sehr ernsthaft geprüft werden müssen, wie viele solcher zu allen „Berichten“ fähigen Subjekte noch im Dienste der Behörden stehen, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande eingesetzt sind. Insbesondere wird man auch sehr genau den Ursprung all des Materials nachzuprüfen haben, das gegen die Spießbücherei so emsig zusammengetragen wird.

Das Reichskommisariat für die öffentliche Ordnung untersteht dem Obersten Kuenzer, der bekanntlich auch in Thüringen „Ordnung“ schaffen sollte. Was in Thüringen durch seine und anderer Instanzen Tätigkeit an Staatsfreude zerstört worden ist, kann in Jahrzehnten nicht wieder aufgebaut werden. Es ergibt sich die Frage, welche Entscheidungen des Reichskommisariats bisher auf Grund der Mitarbeit von Ehrenmännern nach dem Muster Gilberts getroffen worden sind, und die weitere, ob alle diese Entscheidungen auch heute noch zu Recht bestehen und als Recht anerkannt werden sollen. Man wird im Reichstag, der ja die Mittel auch für das Reichskommisariat zu bewilligen hat, eine gründliche Untersuchung der Tätigkeit dieser Behörde vornehmen müssen!

Aber abgesehen von Spießbücherei und Urteilsbegründung bleibt der Prozeß, der jetzt in Moabit beendet wurde, ein außerordentlich wertvoller Beitrag zur Kulturgeschichte der Gegenwart. Das Gericht hat zwar dem alldeutschen Claß bescheinigt, daß er einen Mord an Seedeit nicht beabsichtigt habe. Es ist dabei augenscheinlich den Darlegungen gefolgt, die der Leiter der Berliner politischen Polizei vor Gericht gemacht hat. Aber die Tatsache der Verhaftung Grandels, sein Geständnis und die daraufhin erfolgte Beschlagnahme der Korrespondenz des Herrn Claß haben doch immerhin einen tiefen Blick in die Hintertreppenpolitik tun lassen, die in den Büros von Claß und anderen betrieben wird, und die keinem anderen Zwecke dient, als die Republik zu beseitigen. Mögen die Richter aus formaljuristischen Gründen keinen Anlaß gefunden haben, sich mit Claß und seinen Kumpanen näher zu beschäftigen, so hat um so mehr die republikanische Bevölkerung allen Grund, diesen Feinden der Republik ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Man weiß, daß die Hitler-Gudendorff den offenen Putsch riskiert haben, den sie so lange lärmend vorbereitet. Die kalten Putschisten aber, die sich um Claß, Kahr und Ehrhardt zu sammeln pflegen, sind noch gefährlicher als jene. Wenn die Republik ihre Interessen zu wahren verstünde, würde sie diesen kalten Putschisten erbarmungslos den Daumen ins Auge und das Knie auf die Brust drücken.

### Ein anderes Urteil.

#### Schwere Strafen gegen Kommunisten.

Leipzig, 4. Juni. (G.A.) Ein kommunistischer Waffenschließungsprozeß fand gestern und heute vor dem Staatsgerichtshof statt. Angeklagt waren Mechaniker Wlaga Schmidt, Korrespondent Albert Hotopp, Maschinenarbeiter Hans Kroll, Bauarbeiter Bruno Bannach, Ingenieur Friedrich Bries, Maler Alfons Voß, Stenotypistin Ma Classen, Schächlermeister Wilhelm Käß und Geometer Richard Martini, sämtlich aus Berlin. Die Angeklagten waren beschuldigt, im November 1923 verschiedene Risten mit Waffen, die im Hamburger Freihafe zur Ausfuhr gelagert hatten und in die Hände der R.P.D. nach Berlin verschoben worden waren, teils bei sich verborgen gehalten, teils ihre Weiterbeförderung besorgt und verdächtige Personen begünstigt zu haben. Die zweiwöchige Vernehmung der Angeklagten und Zeugen dauerte, wie geschieht in der Zentrale der R.P.D. gearbeitet wird. Ueber das Schicksal der Waffenschließungen machte Kriminalkommissar Weigel aus Berlin interessante Ausführungen. Die in dem zur Verhandlung stehenden Fall verschobenen Waffen stammten teils aus den Deutschen Werken in Erfurt, teils aus Waffenfabriken in Suhl und Jella-Reghüs. Sie wurden ursprünglich von einem amerikanischen Konsortium zur Ausfuhr nach Amerika aufgefauft und im Hamburger Freihafe eingelagert, zum Teil hatten die Waffen auch die Reise über den Ozean angetreten, kamen aber zurück, da der Einfuhrzoll zu hoch war.

Das Konsortium sah sich nun im Inland nach einem Abnehmer um und kam dann an den Waffenfabrikanten Krenz in Jella-Reghüs,

der seinerseits wieder einen Käufer in einem Dr. Winkler in Döber Dr. Winkler konnte bisher von der Polizei nicht ermittelt werden. Nach ziemlich einwandfreien Feststellungen scheint er aber identisch zu sein mit dem kommunistischen Volkschul-lehrer Nikolaus Gah aus Suhl, der in der R.P.D. eine gewisse Rolle spielte und mit dem Einrück der Reichswehr in Thüringen ver-schwunden ist. Von Dr. Winkler erhielt nun ein gewisser Krause in Berlin die Waffen. Die erste Sendung, bestehend aus 4 Risten mit etwa 80 zu Karabinern umgearbeiteten Militärgewehren, kam Anfang November 1923 zu dem Angeklagten Schmidt, bei dem sie im Keller versteckt aufgefunden wurden. Die zweite Sendung war ein ganzer Wagon Munition.

Vom Vertreter der Anklage wurden für Hotopp 2 Jahre 6 Monate Festung, für Kroll 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, für Käß 2 Jahre Zuchthaus, für Voß und Martini 6 und 9 Monate Gefängnis und für die Angeklagte Classen Freispruch beantragt.

Das Urteil lautete auf: Hotopp 4 Jahre Gefängnis, 5000 M. Geldstrafe, Bannach, Kroll und Bries je 2 1/2 Jahre Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe, Voß 3 Monate Gefängnis. Diese gelten durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Käß, Martini und Classen wurden freigesprochen.

Ein Vergleich mit dem Urteil im Münchener Putschprozeß drängt sich auf.

Die völkischen Novemberputschisten hatten den Versuch unternommen, mit den Waffen in der Hand die Republik zu beseitigen und an ihre Stelle die Diktatur zu setzen. Sie hatten die Diktatur bereits ausgerufen, sie hatten Mitglieder des bayerischen Ministeriums gefangen gelegt. Das Urteil kam einem ehrenden Freispruch gleich.

Im Prozeß gegen die Thüringer Kommunisten handelt es sich um dasselbe Delikt. Aber die Sache war weder bis zum bewaffneten Aufstand gediehen wie im Fall Hitler-Gudendorff, noch war ein die Verfassung änderndes Unternehmen erfolgt. Bedinglich Waffen waren verschoben worden. Das Urteil: schwere Gefängnis- und Geldstrafen.

Gewiß, in dem einen Fall war das jamose bayerische Volksgericht die aburteilende Instanz, im anderen Fall der Staatsgerichtshof. Aber wo bleibt die Justizoberhoheit des Reiches, wo bleibt die Einheit des Reiches, wenn das Recht in dieser Weise gehandhabt wird?

Man kann noch nicht einmal sagen, daß die Reichsjustiz sich nicht um die bayerische Angelegenheit gekümmert hat. Gegen den „Vorwärts“, der aufdeckte, woher die völkischen Putschisten ihre Waffen hatten, wurde ein Landesverratsverfahren eröffnet.

Freispruch für völkische Putschisten, Landesverratsverfahren für die, die völkische Waffenlager aufdeckten, Gefängnis für kommunistische Waffenschlepper — es geht heiter zu in den Berichtssälen der deutschen Republik.

### Koßbach, Kahr, Gumbel.

#### Zum Landesverratsverfahren gegen Gumbel.

Von der Deutschen Liga für Menschenrechte erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Oberleutnant Koßbach wird gesucht wegen Fahnenflucht, unbefugter Bildung eines militärischen Verbandes, Geheimbündelerei und wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik. Mitglieder seiner Organisation waren nachweislich an einer Reihe von politischen Morden beteiligt. Eine Reihe seiner Anhänger wurden wegen des Parahimer Mordes zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Koßbach wurde im Herbst 1923 verhaftet, aber wegen mangelnden Fluchtverdachts entlassen. Er floh nach Bayern und konnte dort nicht mehr verhaftet werden, da das Gesetz zum Schutz der Republik dort außer Kraft gesetzt worden war. Koßbach war am Hitler-Putsch stark beteiligt. Nach seinem Scheitern floh er mit einem falschen Paß nach Oesterreich. Des Verfahrens gegen ihn vor dem Reichsgericht mußte in diesen Tagen vorläufig wegen Abwesenheit des Angeklagten eingestellt werden.

Das Koßbach betreffende Kapitel in Gumbels Buch „Verschwörer“ war ohne Wissen des Verfassers auszugeweiht im Wiener „S-Ühr-Blatt“ erschienen. Unter ausdrücklicher Berufung auf diesen Artikel wurde jetzt gegen Dr. Gumbel ein Verfahren wegen Landesverrats eingeleitet, da er „Nachrichten öffentlich bekanntgegeben hat, von denen er wußte, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich war.“

Das Verfahren gegen Koßbach, den man hat stehen lassen, wird vorläufig eingestellt. Von einem Verfahren gegen Kahr wegen Begünstigung Koßbachs ist keine Rede. Gegen Dr. Gumbel aber wird eingeschritten. Es besteht die Gefahr, daß dieses Verfahren den deutschfeindlichen Gerüchten neue Nahrung gibt, wonach die deutsche Regierung die nationalpolitischen Geheimbünde insgeheim unterstützt. Auf den weiteren Verlauf des Verfahrens kann man gespannt sein, da der frühere Reichsjustizminister Prof. Radbruch Gumbels Verteidigung übernommen hat.

### Was geht in Rumänien vor?

#### Die Revolutionärnachrichten werden demontiert.

London, 5. Juni. (W.B.) „Times“ berichtet, daß gestern wieder in britischen Regierungskreisen noch bei der rumänischen Gesandtschaft irgendwelche Nachrichten über die Lage in Rumänien eingegangen seien, was gewisse Besorgnisse erwecke.

Belgrad, 5. Juni. (G.A.) Die Presseabteilung des jugoslawischen Außenministeriums veröffentlicht eine Erklärung, wonach sie von gut informierter Seite verständigt wurde, alle Gerüchte, die in Belgrad über Unruhen in Rumänien verbreitet seien, entbehren jeder Grundlage und seien tendenziös.

Wien, 5. Juni. (U.) Die Meldung, daß General Avarescu die Regierung Bratianu gestürzt habe, entspricht nicht den Tatsachen. Dagegen fand in Bukarest auf dem Karlsplatz die schon vor längerer Zeit angekündigte Massenversammlung der Opposition statt, zu der 10 000 Bauern in Bukarest eingetroffen waren. General Avarescu hielt eine Rede, in der er den Rücktritt der Regierung forderte und die Juskon sämtlicher oppositioneller Parteien ankündigte. Die Opposition wurde nicht ruhen, bis sie gewaltsam die Regierung Bratianu gestürzt habe. Die Versammlung selbst nahm einen ruhigen Verlauf. Nach der Versammlung zogen die Bauern durch die Stadt, doch ereignete sich kein Zwischenfall. Die Lage der Regierung Bratianu ist recht kritisch, sie wird nach allgemeiner

Ueberzeugung dem Ansturm der vereinigten gaidisipierten Opposition nicht standhalten können.

### Die französische Regierungsbildung.

Paris, 5. Juni. (W.B.) Um 10 Uhr 30 Minuten vormittags wird der Präsident der Republik den neuernannten Kommerzienpräsidenten Painlevé empfangen, der ihm bei dieser Gelegenheit seine Wahl mitteilen wird. Sofort darauf wird Millerand den Besuch Painslevés erwidern. Nach dem „Matin“ wird bei dieser Gelegenheit eine Aussprache über die politische Lage erfolgen und wohl erst am Nachmittag wird Millerand, der Tradition entsprechend, die Präsidenten des Senats und der Kammer empfangen. Es ist sehr erfreulich, daß die beiden Präsidenten den Abg. Herriot als den möglichen Ministerpräsidenten bezeichnen und zugleich auf die Entschlüsse der Gruppen des Kartells der Linken hinweisen werden. Millerand wird, so heißt es im „Matin“ weiter, getreu seiner bisher gezeigten Haltung, diese Entschlüsse nicht in Betracht ziehen. Man nimmt allgemein an, daß Herriot dem Ruf ins Capéc folgen und dem Präsidenten der Republik Erklärungen abgeben wird, über die er sich mit seinen politischen Freunden verständigt hat. Die Bedingungen, die er an die Annahme der Ministerpräsidentenschaft knüpfen wird, werden sicher von

Millerand nicht angenommen werden. Von diesem Augenblick an wird Millerand ohne Zweifel seine Konsultationen ausdehnen. Er wird logischerweise dazu kommen, einem Politiker die Bildung des Kabinetts zu übertragen, der die konstitutionelle Frage vor das Parlament bringen wird. Der Name Francouls Marsal wird genannt. Dann wird man in die parlamentarische Debatte eintreten, bei der Kammer und Senat ihre Ansicht kundgeben werden.

### Morel gegen den Rüstungswahnsinn.

London, 5. Juni. (W.B.) Das Mitglied der Arbeiterpartei Morel erklärte gestern in einer Rede, er sehe mit Besorgnis die riesige Herstellung von Rüstungen in Mitteleuropa. Die großen Stahlawerke in der Tschechoslowakei und die österreichischen Staatsfabriken arbeiteten unter Hochdruck und erzeugten einen dauernden Strom von Kriegsmaterial. Für die Tschechoslowakei, Rumänien und in geringerem Maße für Polen. Die Stahlawerke gehörten tatsächlich der Creusot-Schneider-Gruppe und ständen unter direkter französischer Kontrolle. Andererseits stehe jeder Industriezweig in den normalen feindlichen Ländern wie Oesterreich, der nur entfernt mit Rüstungen zusammenhänge, unter der Kontrolle der Besatzungskommission in Paris, deren Tätigkeit ebenso widersinnig wie mysteriös sei.

## Kommunistischer Parlamentarismus.

### Die Zerstörung geordneter Gemeindegewalt.

Die Kommunistische Partei will durch ihre Fraktionen im Reichstag, in den Staats- und Gemeindeparlamenten den Gang der Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit sabotieren. Sie will Staat und Gemeinden als politische Verwaltungsapparate zerstören, um an ihre Stelle das Chaos zu setzen. Die wüsten Vorkämpfer, die sich in der letzten Zeit im Reichstag wie in vielen Gemeindeparlamenten ereignet haben, sind planmäßig vorbereitet, zentral angeordnet, und nach vorgefertigtem Plan durchgeführt worden. Das Ziel und die Technik dieser systematischen Sabotage der Parlamente geht klar hervor aus einer „Instruktion für die neu gewählten kommunistischen Gemeindevertreter usw.“, die von der Zentrale der KPD. herausgegeben ist.

Das Ziel der Tätigkeit der Kommunisten in den Gemeindeparlamenten ist es danach nicht, Kommunalpolitik zu treiben, sondern durch Behinderung der Gemeindegewalt Anlaß zu demagogischer Agitation und Demonstrationen zu geben und Zusammenstöße mit den Behörden zu provozieren. Zu diesem Zweck wird die Aktion aller Gemeindefraktionen der KPD. von der Zentrale der Partei dirigiert. Es heißt in der Instruktion:

„Die Leitung der gesamten kommunistischen Kommunalpolitik in Deutschland unterliegt der Zentrale der KPD.“

### Demonstrationsanträge statt sachlicher Arbeit.

Die KPD-Fraktionen werden verpflichtet, undurchführbare Demonstrationsanträge zu stellen. Es heißt darüber:

„Geschrei der Bürgerlichen und Sozialdemokraten, daß die Anträge undurchführbar seien, nur agitatorischen, demonstrativen Charakter trügen usw., darf unsere Genossen nicht beirren. Werder die Anträge abgelehnt, müssen sie bei jeder passenden Gelegenheit wiederholt werden. Unsere Genossen dürfen sich nie bewegen lassen, ihre Anträge zugunsten „durchführbarer“ Anträge der Bürgerlichen oder Sozialdemokraten zurückzugeben.“

Diese Anträge sollen durch außerparlamentarische Aktionen unterstützt werden, das heißt, sie sollen zum Ausgangspunkt von Vorkämpfern und provozierten Zusammenstößen gemacht werden. Die Instruktion fordert Demonstrationsumzüge, Lärm der Tribünenbesucher, Sprengung der Sitzungen.

„Die Demonstrationszüge sind vor die Rathäuser usw. zu führen, soweit durchführbar, stets auch in die Sitzungssäle. Ein Teil der Fraktion begibt sich sofort vor das Rathaus, hält eine kurze Ansprache und führt die Delegation der Demonstranten oder den ganzen Zug der Demonstranten in den Sitzungssaal, wo die Vertreter der Demonstranten das Wort nehmen. Werden unsere Genossen an der Durchführung dieser Aktion mit Gewalt gehindert, so haben sie diesen Gewaltakt sofort zum Gegenstand der Debatte zu machen. Von der Stärke unserer Fraktion hängt es ab, ob die Sitzung der Stadtverordneten (Gemeindevertreter) nach der gewaltsamen Fernhaltung der Delegationen noch weiter tagen kann.“

Als systematische Störung und Sprengung der Sitzungen auf zentrale Anordnung.

### Die Sabotage der Geschäftsordnung.

Die Instruktion fordert von jedem kommunistischen Gemeindevertreter, daß er kein Befehlsgewalt, sondern ein Agitator sein solle:

„Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur einige im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Betragen dem Kapitalismus gegenüber eine herausfordernde Haltung zu zeigen. Sie dürfen nie vergessen, daß nur derjenige des Namens eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erzfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.“

Die Instruktion verlangt, daß auch Kommunisten als Vorsitzende oder Schriftführer sich den Leitfäden des „revolutionären Parlamentarismus“ zu fügen hätten.

Ebenso wird Anweisung gegeben für die Sabotage der Ausschüsse. Vertraulichkeit in den Ausschüssen ist nicht zu respektieren. Im übrigen wird folgender Befehl gegeben:

„Ordnungsrufe sind für den Kommunisten eine Ehre. Wird einem Genossen wegen mehrerer Ordnungsrufe das Wort entzogen, so spricht er dennoch so lange weiter, bis er seine Ausführungen sachlich beendet hat. Kein Gemeindevertreter oder Vorsitzender hat das Recht, einen Gemeindevertreter während der Sitzung aus dem Sitzungssaal entfernen zu lassen. Besteht der Vorsitzende darauf, daß trotzdem unser Genosse den Raum verläßt, so sagt sich unser Genosse dieser Aufforderung nicht. Er weicht vielmehr nur der polizeilichen oder der militärischen Gewalt. Solche Gewalttaten müssen sofort zum Gegenstand von Gegenaktionen, Demonstrationen usw. möglichst noch in der gleichen Sitzung gemacht werden. Werden unsere Genossen aus dem Sitzungssaal oder von der Tribüne mit Gewalt entfernt, so haben die verbleibenden Genossen soweit wie irgend möglich die weitere Sitzung zu verhindern. Jede solche Sitzung muß mit dem Gesang der „Internationalen“ beendet werden.“

### Arme Internationale!

### Zerstörung der Gemeinde.

In Gemeinden mit kommunistischer Mehrheit werden die kommunistischen Vertreter zu lokalen Putschgen gegen die Gemeindeverfassung und zur Errichtung lokaler Sowjetrepubliken verpflichtet. Für den Fall des Eingreifens der Regierung wird zum offenen Aufstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert. Dieser für die Beurteilung der Absichten der Kommunisten besonders wichtige Teil der Instruktion lautet:

1. Wo wir Kommunisten im Gemeindeparlament über die absolute Mehrheit verfügen, besetzen wir alle Ämter mit Kommunisten und führen unsere Forderungen durch. Das Gemeindeparlament muß hier seiner demokratischen Fesseln entkleidet und zu einer Keimzelle eines Räteparlamentes umgewandelt werden. In ihm sprechen zu den einzelnen Punkten nicht nur die gewählten Gemeindevertreter, sondern vor allem die jeweiligen Delegierten der Betriebsräte, Betriebszellen, Erwerbslosen, Kriegsoffiziere usw.

2. Erfahrungsgemäß verlassen die Bürgerlichen und Sozialdemokraten bei jedem Versuch hierzu sehr bald das Gemeindeparlament. Die Kommunisten tagen dann mit den proletarischen Vertretern der Betriebe und Erwerbsgruppen allein weiter.

3. Die Staatsregierung wird sehr bald solche Gemeindevertretungen auflösen und zur Neuwahl stellen. Unsere Genossen müssen ihre Mehrheit so arbeiten lassen, daß bei einer Neuwahl diese Mehrheit sich noch vergrößert.

4. Löst die Regierung alsdann die Gemeindevertretung für dauernd auf und bestellt sie an ihrer Stelle einen Kommissar, so ist dieser Kommissar durch Massendemonstrationen von der Stimmung der werklütigen Bevölkerung zu überzeugen und so zu behandeln, daß er die Gemeinde recht bald wieder verläßt.

5. Erfahrungsgemäß verlegt die Regierung den Sitz des Kommissars alsdann in eine Nachbargemeinde. Durch Demonstrationszüge in diese Nachbargemeinde und Einreichung des Proletariats dieser Nachbargemeinde in die Demonstrationszüge ist der Kommissar alsdann davon zu überzeugen, daß einige Kilometer Entfernung für das Proletariat kein Hindernis sind.

6. Wird endlich die Gemeinde mit kommunistischer Mehrheit ganz aufgelöst und durch Landesbeschuß zwangsweise in eine andere Gemeinde eingemeindet, so muß der Kampf gegen die kapitalistische Zentralgewalt in der neuen Einheitsgemeinde sofort von neuem beginnen.

Der letzte Punkt dieser Instruktion zeigt, worum es den Kommunisten mit dieser Taktik geht.

7. Jede Gemeinde mit kommunistischer Mehrheit muß es sich als Ziel setzen, nicht etwa im Rahmen der kapitalistischen Gesetze eine Reformpolitik zu führen, sondern mit allen Mitteln proletarischer Energie die Gemeindeverwaltung zum Kampf gegen die kapitalistische Zentralregierung auszunutzen.

Statt Kommunalpolitik Sabotage der Arbeit der Gemeinden, statt der sachlichen Arbeit zum Wohle der Arbeiter Ausnutzung der Gemeindevertretungen zu hochverräterischen Plänen gegen die Verfassung der Republik.

Nach solchen Instruktionen handeln die Kommunisten nicht nur in den Gemeindevertretungen, sondern auch in den Landtagen und im Reichstag. Die Vorkämpfer der letzten Tage waren also nicht spontane Ausbrüche, sondern wohl vorbereitete Aktionen.

## Prügel im Sejm.

Kattowitz, 4. Juni. (W.Z.) Wie die „Katt. Ztg.“ aus Warschau meldet, kam es im Sejm zu einer Prügelzene. Der kommunistische Abg. Krolkowski hatte in einer von ihm eingereichten Interpellation führende Personen der Sozialdemokratischen Partei beleidigt. Bei einer Auseinandersetzung mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten wurde Krolkowski geschlagen.

## Arbeit der Reichstagsfraktion.

### Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Anzahl weiterer Anträge gestellt. Drei Anträge dienen der Aufhebung der unter dem System Eminger durchgeführten Verschlechterung der Rechtspflege in Deutschland. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt:

1. Die Verordnung vom 15. Januar 1924 über die Entloftung des Reichsgerichts aufzuheben;
2. die Verordnung vom 8. Januar 1924 über die Abänderung des Gesetzes über Unruheschäden aufzuheben;
3. die Verordnung vom 12. Dezember 1923 über die Aburteilung von Landesverrats- und Spionagefällen aufzuheben.

Weitere Anträge dienen der Verbesserung der rechtlichen Stellung der Seeleute:

1. Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage mit möglichst bester Eile folgende Gesetzentwürfe vorzulegen:

1. Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Seemannsordnung vom 1. April 1903;
2. Entwurf eines Reichsbemannungsgesetzes für Seeschiffe;
3. Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung von Arbeitnehmervertretungen für die Betriebe der Seeschifffahrt. (§ 5 des Betriebsratsgesetzes vom 4. Februar 1920.)

2. Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage baldigt Bestimmungen über Abänderungen bzw. Ergänzungen des Reichswahlgesetzes, des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten und der Reichsstimmordnung zu unterbreiten, durch die den Befähigungen der deutschen Seeschiffe auf See und im Auslande die Ausübung des Wahlrechts ermöglicht wird.

3. Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: a) dem Reichstage baldigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Seeleute in zweckentsprechender Weise der allgemeinen Krankenversicherungspflicht unterstellt werden; b) bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes auf dem Wege der Verordnung Bestimmungen zu erlassen, durch die die erwerbslosen Seeleute der Erwerbslosenfürsorge unterstellt werden.

Dem im Verlaufe der kleinen Hitler-Prozesse zu einem Jahr drei Monaten Festungshaft verurteilten Führer der Hoffsch-Mitteilung Münchens, Heines, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft durch Beschluß des Obersten Landgerichts die Bewährungsfrist aberkannt. Heines wurde daraufhin zur Verbüßung seiner Strafe sofort in Haft genommen. Wie verlautet, soll auch in mehreren anderen Fällen eine Aberkennung der Bewährungsfrist ausgesprochen werden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Karl Göttemann; Gesellschaftsbeurteilung: Friedr. Schöberl; Kultur: Dr. John Schittkowski; Politik und Sonstiges: Fritz Kahlhöf; Angelegen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Bezugsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

## Ortskrankenkasse d. Klempner zu Berlin

**Bekanntmachung.**  
Die in der Ausschreibung am 20. 4. 1924 beschlossene XI. Sitzungsbekanntmachung (Beitragsschein) ist vom Oberverwaltungsamt genehmigt und mit dem 1. Juni 1924 in Kraft getreten.  
Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Klempner zu Berlin.  
Hermann Flegler, Vorsitzender  
Kag. Praggelst, Schriftführer.

## HOLZHAUSER

von 500 Mk. an, Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert kurzfristig Holzhausbau Lüttmann  
H. 34, Lützowstraße 81/83  
Berlin 5278-21

## Was trinken wir?

Kühle Limonaden, selbstbereitet aus **Reichels** **Limonaden-Sirup-Extrakt**  
Himbeer, Kirsch, Zitronen-, Orangen-Aroma etc. Köstlicher Fruchtgeschmack. Der Kinder liebste Getränk. Vorrätlich auch als Speisebeigabe. Eine Flasche ergibt 8 1/2 Pfd. Limonadensirup **M. 0,75**, 1/2 Flasche **M. 0,45**. In Drogerien u. Apoth. erhältlich, sonst bei **Otto Reichel, Berlin 43, 80., Eisenbahnstr. 4.** Man nehme nur Marke **Lichterz**, die Qualität verbürgt.

## Wohnungstausch

In u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. **Verband mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe**. Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzeigenannahme: **Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft** Jerusalemstr. 3/5 u. Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

## Teppiche - Gardinen

größte Auswahl, billigste Preise  
Brücken, Läuferstoffe, Halbstores, Bettdecken, Diwanddecken, Steppdecken in allen Größen und Qualitäten, fertige Betten  
**auf Teilzahlung**  
bei kleiner An- und Abzahlung  
**Beiser, Lothringer Straße 67**

Hecht **Besonders** **billig!**  
Zigaretten, Zigarren, Tabak billig  
Lindenstr. 81  
wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und

# Unerreicht billiges Angebot!

<b>Ein Posten Aluminium</b>	<b>Affecaken - Unterfener</b> . . . . . 0,18	<b>Kompott</b> . . . . . 0,45 0,55 0,65	<b>Kollischdecken</b> . . . . . 0,85 0,55 0,75
Say Töpfe, 16-24 cm, m. Deckel . . . . . 0,90	<b>Nachtgeschirre</b> . . . . . 0,45	<b>Käseglöckchen</b> . . . . . 0,95	<b>Stilfisch, gute Qualität</b> . . . . . 0,95
Bratpfanne . . . . . 0,45 0,75 0,95	<b>Kumpen</b> . . . . . 0,08 0,12 0,15	<b>Butterglöckchen</b> . . . . . 0,19	<b>Lederwaren und Reiseartikel</b>
Kasserolle . . . . . 0,75 0,95	<b>Porzellan</b>	<b>Auhteller</b> . . . . . 0,95	<b>Ruppelkoffer</b> . . . . . 4,90
Milchtöpfe . . . . . 0,75 0,95	<b>Desertteller, dekoriert</b> . . . . . 0,33	<b>Tolltengarnitur, 8tlg.</b> . . . . . 4,90	<b>Ruppelkoffer</b> . . . . . 3,90
Kochtopf, 32 cm . . . . . 3,90	<b>Tasse, blauwand</b> . . . . . 0,38	<b>Wasen, schwarz mit Rosen</b> . . . . . 0,58	<b>Ruppelkoffer</b> . . . . . 6,90
Wasserkessel . . . . . 3,90	<b>Tasse, weiß</b> . . . . . 0,18	<b>do.</b> . . . . . 0,85	<b>Ruppelkoffer</b> . . . . . 7,90
<b>Steingut</b>	<b>Teller, tief und flach</b> . . . . . 0,28	<b>do.</b> . . . . . 0,75	<b>Ruppelkoffer</b> . . . . . 38,-
<b>Tasse, bunt</b> . . . . . 0,18	<b>Kaffeeerbice, schön dekoriert, 8tlg.</b> . . . . . 3,50	<b>Wirtschaftsartikel</b>	<b>Reisekoffer</b> . . . . . 3,75
<b>Teller</b> . . . . . 0,10	<b>Kaffeebecken</b> . . . . . 0,75 0,95	<b>Garnitur Gasplatten, vernickelt</b> . . . . . 6,50	<b>Elegante Besuch- und Koffer-Handtaschen</b> in jeder Preislage, enorm bill.
<b>Nesten</b> . . . . . 0,85	<b>Desertteller</b> . . . . . 0,19	<b>Elektrische Platte</b> . . . . . 7,90	<b>Aufsätze</b> . . . . . 2,90 3,90
<b>Tafelservice, 23tlg., schön dekoriert</b> . . . . . 9,75	<b>Glas</b>	<b>Glühkörper, Steh- und Hängelicht, erste Marken</b> . . . . . 0,22	<b>Sportartikel</b> . . . . . 1,95
<b>Wasserservice, 5tlg., Creme</b> . . . . . 3,75	<b>Lechbecher, geätzt</b> . . . . . 0,18	<b>Einem Posten Ahornstücken, zum Aussehen</b> . . . . . 0,12	<b>Lederkoffer mit und ohne Einrichtung, in jed. Ausführung, besond. preiswert</b>
<b>Wasserservice, 5tlg., bunt</b> . . . . . 4,75	<b>Bierbecher, geätzt</b> . . . . . 0,18	<b>Folterkassete, gute Qualität</b> . . . . . 1,25	
<b>Schüsseln</b> . . . . . 0,28 0,85 0,48	<b>Sturzflaschen</b> . . . . . 0,48		
<b>Butterbläcken</b> . . . . . 0,12 0,15			

**Porzellan - Emaille - Markt** **Johanna Pögel** **Spezialgeschäft größten Stils**  
Berlin-Wilmersdorf **Berliner Straße 30/31.**

Vor Pfingsten.

Dem Gott will rechte Gunst erweisen, den schickt er in die weite Welt! — heißt es ja wohl in einem Lied. Nun, den lieben Gott können wir hierbei ruhig aus dem Spiel lassen und richtiger fragen: wer genügend Rentenmarkt besitzt, der kann sich die weite Welt ansehen. Denn reifen loftet immer noch ein schönes Stück Geld. Daß aber trotzdem wieder viel gereist wird und daß namentlich der Pfingstfreizeiter ganz große Dimensionen annehmen wird, kann man so recht erkennen, wenn man in diesen Tagen das mitteleuropäische Reisebureau im Gebäude des Potsdamer Bahnhofs ausführt. Hier stehen die Menschen von der Eröffnung am Morgen bis zum Schluß des Bureaus in langen Schlangen und warten geduldig, bis sie abgefertigt werden. Vorfreude soll die schönste Freude sein, aber die vielen, die hier vor den Schaltern des Reisebureaus ihre Vorfreude auf Pfingsten und die Pfingstreise erleben, werden entschieden anderer Ansicht sein. Der neutrale Zuschauer indessen genießt se etwas wie Schadenfreude und sagt sich vielleicht: warum sollen alle die, die da zu Pfingsten die Stadt verlassen können, während du hier bleiben mußt, nicht zuoberst allerhand Unannehmlichkeiten und Unbequemlichkeiten mit in den Kauf nehmen! Jedenfalls ist der Besuch des Reisebureaus in diesen Tagen für den neutralen Besucher, der da nur gemächlich herumuschlendert, bedeutend angenehmer, als für den, der Geschäfte erledigen muß, das heißt in diesem Fall Auskunft haben oder Fahrkarten, Bett- und Plakatkarten kaufen will.

Eine Abteilung für sich bildet die Stelle für Reisen in das Ausland. Hier steht als Wahrzeichen gewissermaßen und als schöner Schmuck eine naturgetreue Nachbildung einer elektrisch betriebenen Maschine der Gotthard-Bahn. Vor den Schaltern dieser Abteilung ist es still, und nur wenig Publikum wünscht abgefertigt zu werden. Hier steht man in der Hauptsache ein paar Diener aus den großen Hotels, die Schiffsarten bestellen, oder man hört Fahrkarten nach Marienbad und Karlsbad verlangen, Badeorte, die ja bekanntlich heute für uns im Ausland liegen.

Aber nicht nur im Mitteleuropäischen Reisebureau, auch in den anderen Reisebureaus, ebenso wie in den Reisebureaus der Warenhäuser derselbe Andrang, dieselbe Fülle der Menschen in der Vorfreude auf Pfingsten. Die Rentenmarkt rollt, und da wird immer behauptet, das Geld sei knapp!

Als er seinem Vater entgegenging.

Rätselhaftes Verschwinden des Söhnchens eines Generalkonjuls.

Das rätselhafte Verschwinden des 5 1/2 Jahre alten Söhnchens Nord des jugoslawischen Generalkonjuls Dr. Ernst Borckhausen beschäftigt die Kriminalpolizei. Der Generalkonjul wohnt mit seiner Familie in Riersdorf-Werder in der Kurthofmannstraße 20. Von dort fährt er regelmäßig mit dem Auto nach Berlin und zurück.

Der kleine Nord hatte nun eine besondere Vorliebe dafür, mit seinem Vater zu fahren. Deshalb lief er ihm immer ein Stück Weges entgegen, um für den Rest der Strecke von ihm aufgenommen zu werden. So auch vorgestern, am Dienstag. Jetzt aber kam der Vater nicht wie gewöhnlich um 6 Uhr, sondern erst später nach Hause. Der kleine Nord trat ihn also nicht, kehrte aber auch nicht nach Hause zurück und ist seitdem spurlos verschwunden. Die Angehörigen hatten vorher immer noch geglaubt, daß er dem Vater weiter hinaus entgegengegangen wäre und ihn doch noch getroffen habe. Sie hatten auch bereits nach ihm gesucht, ihn aber nicht gefunden. Der Vater benachrichtigte nun sofort die Polizei. Kriminalkommissar Kanthad nahm mit mehreren Beamten gestern die Ermittlungen auf. Spürhunde, die angeleitet wurden, führten die Gasse entlang, den gewöhnlichen Weg des Knaben, und dann schließlich nach der Dahme an eine Uferstelle, die mit Schilf bewachsen ist. Hier sind in dem weichen Moorboden des flachen Ufers deutliche Spuren von Männerfüßen zu erkennen. Am niedergedrückten Schilf ist auch zu sehen, daß ein Boot angelegt hat. Die Spur der Hunde war hier zu Ende. Der Wasserfaher und Fischer untersuchten das Gewässer, fischten den in Betracht kommenden Teil der Dahme ab, fanden aber nichts von dem Knaben. Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß er ins Wasser geraten und ertrunken ist. Man vermutet deshalb, daß der Knabe entführt worden ist, entweder aus Rache, oder zu unfauberen Zwecken. Verdächtig ist ein vor kurzem entlassener Angestellter, dessen Alibibeweis augenblicklich noch

nachgeprüft wird. Wer über den Verbleib des Kleinen etwas mitteilen kann, wird erucht, sich bei Kriminalkommissar Kanthad im Zimmer 15 des Polizeipräsidiums Berlin, Hausnr. 333, umgehend zu melden, oder beim Amtsvorsteher in Wilbau, insbesondere Leute aus Zeuthen, Niederlehne und Wildau, die etwas Verdächtiges gesehen haben. Der vermiste Knabe ist ein auffallend schönes Kind, mit einem dunkelblonden Vogekopf. Er hat blaue Augen, lange schwarze Augenwimpern und trägt einen rot und weiß gestreiften Kuffentitel, eine dunkelblaue Kattunhose, braune Sandalen und schwarze Wadenstrümpfe. Die Wäsche ist R. S. gezeichnet. Am rechten Zeigefinger hat er eine kleine Warze.

Qualitätswaren.

Die Geschäfte aller Art buhlen augenblicklich um die Gunst des Publikums wie wohl nie zuvor, und gerade jetzt vor Pfingsten hat man den Eindruck, beobachtet man, was die Plakate in den Schaufenstern den Passanten zuschreien, als ob die Herrschaften aus lauter Menschenfreundlichkeit ihre Ware verkäufen. Ein Wagnis war es daher, kurz vor Pfingsten im Rheingold in der Potsdamer Straße eine Messe zu veranstalten. Man hat denn auch hier dieselben Erfahrungen gemacht, wie in fast allen Geschäften. Die Käufer kommen nicht, und wenn auch an den Nachmittagen bei Künstlerkonzerten und Kinovorführungen der Besuch der Messe ein reger ist, gekauft wird im allgemeinen wenig. Selbst die Anknüpfung, daß jeder fünfte Besucher ein Geschenk im Werte von einer bis zwanzig Mark erhält, hat nicht gezogen. Die Aussteller klagen sehr und beklagen die hohe Standmiete, die sie haben bezahlen müssen. Dabei muß man dieser Messe ohne Einschränkung das Prädikat erteilen, daß sie Qualitätsware aufweist. Abgesehen von einigen Schmuckartikeln, wie der Stehlampe mit Musik, ist was auf Tischen und Bänken ausgebreitet ist, gediegen und durchaus preiswert. Das gilt von den Gold- und Silberwaren, von Schmuckgegenständen aller Art, von Seifen und Parfümerieartikeln. Das gilt aber besonders von kunstgewerblichen Arbeiten, die in schönen Stücken vertreten sind. Da sieht man wundervolle Stückerien in den zarresten Farben, die das Haus Waken aus Charlottenburg ausgestellt hat, da kann man sich erlauben an künstlerisch gefertigten Schmuck für Kord und Hut aus dem Werkstätten für künstlerische Handmalerei in Halensee, und da fallen namentlich die Schöpfungen von Käse Grau-Künstler auf, die bei aller Eigenartigkeit, Bizarrie, wenn man will, niemals den guten Geschmack vermissen lassen. Kissen für Sofas sind in den mannigfaltigsten Tierformen, wie Schlangen, Frösche, Krokodile und Schildkröten gebildet. Eine gewiß keltische Idee, und doch kann man diese Laune einer Künstlerin nicht mit Unwillen betrachten. Daneben sind große Tücher aus zartem Gewebe mit den eigenartigsten Maleereien ausgebreitet, Schmetterlinge, Blüten und Pflanzenformen für die Kleider der Schaulustigen.

Ausgewerbterinnen, das ist ein gewiß nicht erfreuliches Kapitel, und die Frauen, die sich diesem Beruf gewidmet, haben kein leichtes Geldverdienen, haben schwer mit dem Leben und den täglichen Sorgen zu kämpfen. Auch diese Kunst verdient, daß sie unterstützt werde.

Vorsicht beim Baden.

Mit dem Anbruch der wärmeren Jahreszeit regt sich in vielen Menschen das Bedürfnis nach einem kühlen Bade in unseren schönen Seen und Flüssen. Diesem berechtigten Verlangen soll wie früher auch in diesem Jahre durch die Freigabe der Strandbäder, die zum Baden geeignet sind, in vollem Maße Rechnung getragen werden. Zugleich kann aber, wie das Wasserbauamt Köpenick schreibt, nicht dringend genug darauf gewarnt werden, an den verbotenen Stellen zu baden. Es liegt nicht in der Absicht der Behörde, durch unmäßige oder übertriebene angfische Bestimmungen die ihr zum Schutze anvertraute Bevölkerung am Baden zu hindern. Aber nicht jedes flache Ufer ist zum Baden geeignet. Oft fällt der Strand namentlich in den Seen östlich von Berlin ganz plötzlich in größere Tiefen ab, wodurch die des Schwimmens Unkundigen der Gefahr des Ertrinkens ausgesetzt werden. Andere Uferstrecken sind durch Schlingengewächse, Weidengebüsch und andere Pflanzungen so stark unter Wasser verwaschen, daß auch gute Schwimmer an solchen Stellen in Lebensgefahr geraten können. Solche Uferstrecken müssen im öffentlichen Interesse für das Baden gesperrt werden. Jeder schließt sich nur selbst, wenn er die bestehenden Verbote beachtet und nur auf den freigegebenen oder besonders hergerichteten Plätzen in die kühlen Fluten hinabtaucht. Gemeinden und Gesellschaften haben in nächster Nachbarschaft von

Berlin ausgiebig für Badestellen gesorgt. Im Osten seien besonders genannt: das Grünauer Freibad bei Köpenick, das Freibad des Zweckverbandes am nordwestlichen Ufer des Müggelsees bei Rahnsdorf. Mögen diese Stellen wohlgemeinter und beachtenswerter Aufschlüsse des Wasserbauamtes dazu beitragen, die Zahl der Unglücksfälle zu vermindern.

Zwangserziehung zur Frömmigkeit.

Seltene Methoden befolgt der „Kirchentommissar“ des Memellandes, der Bruder des litauischen Landespräsidenten, Pfarrer Gailus, dem bekanntlich gleich nach seiner Wahl von seiner eigenen Gemeinde und von fast allen übrigen des Ländchens scharfe Vorwürfe erteilt worden sind. Er schreibt jetzt Mahlen zur Bildung der evangelischen Landesynode aus. Jede Kirchengemeinde mit 1500 Seelen und darüber soll einen Vertreter wählen, jene von 1500 bis 3000 Seelen deren zwei usw., so daß also auf 1500 Seelen je ein Vertreter kommt. Das passive Wahlrecht erhalten nur Männer und Frauen über 30 Jahre, das aktive Wahlrecht alle über 20 Jahre alten. Jedoch kann nur „ein solcher evangelischer Christ eingetragen werden, der wenigstens einmalm seinen kirchlichen Verpflichtungen nachkommt“. Wer das heilige Abendmahl verachtet, oder es im Zeitraum von 2 Jahren nicht empfangen hat, wer an den Gottesdiensten nicht wenigstens viermal im Jahre teilgenommen hat, ist nicht in die Wahllisten eintragbar. Auch wird diesmal nicht eingetragen, wer erst nach den Overtagen das Abendmahl nahm, vom Besuch des Gottesdienstes kann in Krankheitsfällen zwar abgesehen werden, die Teilnahme am heiligen Abendmahl ist jedoch verbindlich. Herr Gailus teilt in keinem Erfah freundschaftsweise mit, daß er sich bei diesem Vorgehen auf Martin Luther stütze, der gelagt habe, daß diejenigen vom Teufel besessen seien, die sich als Christen rühmen und wohl ein ganzes oder gar zwei oder drei Jahre das hochwürdige Sakrament nicht empfangen haben.

Die „Memelländische Rundschau“ bemerkt sehr trocken zu diesem Ufas: Wäre das Gebiet deutsch, schweblich oder englisch oder sonstwie, dann hätte man ihn (Herrn Pfarrer Gailus) bestimmt in „Verknüpfung“ seiner guten Ideen von einem Psychiater beobachten lassen. Hier aber steht er unter dem Schutze seines „großen Bruders“.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Jenseits kühl und trübe mit Regenfällen. Ostpreußen: In Ostpreußen anhaltende und härtere, in Nordpreußen schwächere Regenfälle mit wenig veränderten Temperaturen.

Sport.

Das englische Derby ist von dem Pferd Lord Derby's Sasso vino mit sechs Längen leicht gewonnen worden. Das ist seit 187 Jahren das erste Mal, daß das von der Familie Lord Derby's im Jahre 1780 gegründete Rennen von einem Mitgliede der Familie gewonnen worden ist. Das Wetter war regnerisch und windig, trotzdem war die Menschenmenge, die nach Epton geströmt war, wie üblich, ungeheuer. An 15 000 Automobile und 800 Omnibusse sind allein auf den Landstrahlen nach Epton gefahren. Auf dem Rennplatz sah man nur einen Wald von Regenschirmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Freitag, den 6. Juni:

- 8. Ubr. 7/8 Uhr, Funktionärskonferenz bei Müller, Wilhelmsstr. 24.
12. Ubr. 7/8 Uhr, Funktionärskonferenz bei Schmidt, Wilschstr. 17. Alle Gewerkschaften und Berufsvereine, deren Rinnere die Schulen in der Steuermühl- und Steuermühl-Str. besuchen, werden gebeten, ihre Abreise umgekehrt bei Müller, Wilschstr. 24, abzugeben.
14. Ubr. 7/8 Uhr, Neue Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Turnhalle der Schul- und Arbeitervereine, Besprechung sämtlicher Eltern der wilschmülschen Schule, Wilschstr. 17. Reiner Besuch.
21. Ubr. 7/8 Uhr, Sitzung jungerer Funktionäre und Elternbeiräte bei Kroll, Wilschstr. 24.
21. Ubr. 7/8 Uhr, Funktionärskonferenz bei Schulz, Stoltebergstr. 26.
24. Ubr. 7/8 Uhr, Der für Freitag Abend angelegte Lesesaal der Frauengruppe in der Reichschule fällt aus.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Vorzeiler-Gesellschaft, Johanna Bögel, Berlin-Wilmersdorf, Berlinstr. 203/1, bringt ein billiges Angebot in Glas, Porzellan, Wirtschaftszutaten. (Siehe Inserat.)

Kriegerischer Pazifismus.

In einer westdeutschen Großstadt sprach dieser Tage Ludwig Quide über seinen „Landesverrat“. Jchn Tage hatten ihn die bayerischen Häuser in Bande geschlagen, und nun erzählte er vor 600 Menschen mit etwas rosigter Kehle und norddeutsch-spißiger Junge von seiner Märzfahrt durch die Gefängnisse.

Der ganze Saal, langmähliche Jünglinge, Arbeiter in Bergwerksteilung stühle Intellektuelle, munter durchspritzt von Jungmädchenblusen — alles lächelte mit dem sorglosen alten Herrn, als er seine Wiedererlebensreise schilderte. Denn auf all den Stationen des bayerischen Passionsweges hatte er schon früher einmal geweilt. Er kannte die hölzernen Kerkertücher, die muffigen Bibeln, die harten Matratzen, die schmerzhaften Kerkermeister mit all ihren totalen Besonderheiten. Einst Majestätsbeleidiger, jetzt Verräter: sein Dorn ist schon hocherrot und ist schon Staatsverbrecher, in allen Monarchien und in allen Republiken. Das Auge des ewigen Pazifisten zündete und schleuderte Blitze gegen die wütischen Knoten, die sich in der einen Ecke, mit Windjacke und Hittermüge, angelehnt hatten und kriegerisch sprühten.

Ludwig Quide schloß. Beifall umröschte ihn, als er die Witterverbindung durch den ewigen Frieden trönte. Ephemere Harmonie wieser sich im Saale aus. Quide mußte fort, zum Jubiläum der ersten Friedenskonferenz nach dem Haag reisen. Und nun begann, herausgefordert durch Ungeschicklichkeiten des Verfallungseifers, die Diskussion. Erst kam der Kommunist. Leuchtigeln des Klassenkampfes durchlaufen auf einmal die Atmosphäre! Die ersten Blitze ballten sich in der Tasche, es grölte wie fernes Gewitter. Bereitete sich ein Gestalt der Stahlbeine und Biergläser schüßte. Aber als der Redner die entwasfene Bemerkung tat, daß das Gutachten der Sachverständigen gerade deshalb abgelehnt werden müsse, weil die Unternehmung dafür seien, da hätte sich Mars wieder in eine rosig lächelnde Wölfe. Unter dem Wohlwollen der Verfallung schritt der Kommunist in seinen Schützengaben zurück. Und liehe, ein anderer trat hervor: es war ein völkischer Jüngling. In lebhaft dozierender Weise vertiefte er sich in den Katechismus aus Ludendorffs Kathol. Es blühte das teutonische Schwert, es wühlte die Dähne schwarzweißrot, die über den Rhein getragen werden müßte (falls sie nicht vorher an der Grenze von den Belagerungsbedürden beschlagnahmt wird, liegt ein Zweifler hinzu). War es da nicht zu verstehen, daß die Pazifisten grölten? Daß stürmische Wogen ledenschnellichen Widerpruchs zum Bobium rollten, in den Saal zurückstürzten, sich an der Tafel der Jungvölkischen brachen und bald in ein lebhaftes handgemeines überdämmten? Die fanfsten Pazifistengesichter durchglühte der streitbare Jörn. Rüsteln spannten sich, und der Gewaltgedanke errang einen vollständigen Sieg.

Da redete auf einmal einer der Rechtsmänner einen Responder empor! Denkt euch, in einer Pazifistensammlung! Eine Plattermine exploderte. Dem Bobium herab sprang feuernd eine blonde Wortandame, sie stürzte herunter an die unteren Stühle, wo jüdische Funktionäre zum freudigen Rede-Beieinander saßen, und lächelte mit gelbem Schwanz. Nicht wahr, ich appelliere an eure

Solidarität! Ein galbanischer Strom zuckte durch die etwas müde Verfallung. Handfeste, in zahlreichen Kämpfen mit den Kommunisten gekufte Männer des „Sozialismus“ der Organisation nahmen die Stufen und schritten rüstig zum Stummengriff. Ein Schlochten wurs, nicht eine Schlacht zu nennen. Jämmerlich zerblut, wurden die Völkischen mit ihren Besiegern schließlich von der Polizei in Empfang genommen. Auf der Wache ergab die Untersuchung, daß die Pistole des jungen Hiltterlandes nur eine Schredschußwaffe war. Sie wurde von Rechts wegen beschlagnahmt. Im Saale aber durchloste der Schlusredner, ein Privatdozent, mit strahlenden Worten den Triumph des höchsten Pazifismus.

Bürgerliche Pazifisten aller Länder, bewaffnet euch! Redet nicht, wenigstens nicht zu viel und nicht immer. Die Tat ist oft besser als die angebotene Bißse der Entschleisungen. Denn jetzt: die mildeste Friedfertigkeit kann erden mit Flamme und Schwert! B. Veyer, Köln.

Der Blütenbaum.

Wenn wir in der Reserve lagen, in unseren Blockhäusern, halb in der Erde im Wald, im Sumpfe, da waren es ruhige Tage. Bei Arbeitsdienst und Appell. Im Innerstand stehend, oder im Busch auf Moos den Block auf den Knien und schreibend. Das waren oft schöne Tage. Und doch Weltkrieg.

Der 2. Zug war in den Busch geschickt, Ruten schneiden zum Verpfichten der Bände im Graben. Jeder Mann muß zwei Bund schneiden. Die Gruppen verteilen sich und jeder sucht so schnell wie möglich sein Bündel zusammenzubringen, und ist man fertig, wird gelagert. Recht einfach, wo es recht schön ist. Es ist ja Zeit bis zum Abend. Ist es kühl, wird Feuer gemacht. Am Lagerfeuer raucht sich schön die Weise an und wer's hat, röstet sich Brot, und es wird erzählt. Wenn der Krieg aus ist, wenn es Friede ist.

Aber es war ein schöner Frühlingstag. Warm schien die Nachmittagssonne. Sie hatten geschnitten und ruhten nun aus, die Gruppe, fünf Mann und ein Gefreiter. Sie lagen im Gras und rauchten und sprachen zusammen. Wer weiß, was sie sprachen, wer weiß, was sie saamen? Es war die letzte Feierstunde ihres Lebens. Weiter Eriensbusch und Sumpfe sintz und Busch und Wald ringsum. Ritten drin eine Lichtung, helle freundliche Weise im Sonnenschein. In den Gräsern Bienen- und Hummelgesumme und Grillenzirpen, emsiges Laufen von Ameisen und Käfern, Spinnen, die von Jnweit zu Jnweit ihr Netz ziehen, an den alten Stämmen; im Wald hämmert ein Specht — Feierstunde! So ruhig und still. Was sie wohl sprachen und saamen, in ihrer Feierstunde, die Sechste?

Ritten in der Weise, ganz allein, ein Blütenbaum. Ein knorriger wilder Apfelbaum in voller Blütenpracht. Die Apfelblüte. Du jungfräuliche, reiner, halber Frühlinggedanke — was siehst du hier und breckst deine Kette aus? Bist du besonders hingefällt mit deiner Pracht und läßt sie leuchten und jitzern wie schüßend und segnend über die „Sechste“. Du ahnst und zitterst — und blühest nicht mehr lange.

Sie lagern und rauchen, erzählen und sinnen und träumen, in die stille Frühlingswelt. Und ganz langsam kommt es gegen die Weite in der Luft und plätsch in den Sumpfen. Reiner in den

Sumpfe, plätsch! „Der Russe funkt.“ Einer hat's gelagt. Immer in den Sumpfe. Lauter Blindgänger! Hüäh — plätsch. Ob der Panje ihn zupflastern will? Die kommen wohl von weit her, so lang ziehen sie ihre Hüäh.

Weis jitzern der Blütenbaum, die Sechste sinnen und schweigen und immer küsch, in den Sumpfe. Wenn mal eine mehr rechts geht, und freiert? Sie haben wohl gedacht, wir wollen Feierabend machen und verschwinden. Hauen wir ab. Ja, es hat eine Weile nicht gegungen und gepätscht im Sumpfe. Es war so still. Der Blütenbaum streckt seine Kette im reinen Glanze. Auf! — Seht den Blütenbaum! Hüäh! — trach!!! Feuer und Blü! Die Blätterarme umfängen sie. — Der schwarze Boden steigt brüllend auf, er hebt den Baum! Qualm, Erde, Dampf, Eisen! Schwarz senkt es sich nieder. Ein über müster Trichter, wo oben die Pracht noch so rein — und im Grund sifert schon das Wasser zusammen.

Still ist es, der Russe funkt nicht mehr. — Ein Blütenbaum und sechs junge Leben! und wolle sie schützen und segnen. — Weltkrieg, warum?!

„Der Vogelhändler“ (Großes Schauspielhaus). Wieder eine Dase in der Sandwüste der Operette nach Strauß und Wittaker und Suppe der Unglückliche aller heiteren Musikanten: Carl Zeller, Komponist im Nebenberuf, Igl. Beamter, Oesterreicher und Kemner der Volksseele. Höfliche Menschen und Tiroler Bauern, ernst-hoffe und parodistische Melodien, der Kunstgefing und das sentimentale Lied — alles dicht beieinander. Und aus jedem noch so reißerischen Stüchchen scheint eine ganze Welt zu uns zu sprechen, so echt, so warm, so einschmeichelnd ist das alles. Das Finale des ersten Aktes, das schluchzende Lied vom Ahneri, das „Jelus-Jelus“ und die Professoren-Parodie, das Viertesquett („Schau mir nicht so ins Gesicht“) und der Austritt des Brief-Christel — welche Fülle von Musik, diskret instrumentiert, durch sich selber froh und tränenreich und wölgerhaft wirkend! Ueber allem ein Hauch Altertümlichkeit, Großvaterfreude. Aber wehe uns, daß wir keine Großväter sind. Volksoperette — auch der „Vogelhändler“ gehört zu den besten ihrer Art. Von den Mitwirkenden möchte man an erster Stelle dem Chor danken für das prächtige Finale des ersten Aktes, dann Johannes Müller mit seinem unverfälschten Dialekt und so derb-lustigen wie weich-sentimentalen Welen, der immer schönen, immer um eine Nuance zu loslofen Cordy Willowitzsch, Kuhn er und der Bachmuskeltuppe Brandl, Waghmann und Wenzel. Nicht auf der Höhe steht Helene Pola. Ein jüdisches Ding, ein liebes Stimmchen. Kein Temperament, um hier Mittelpunkt zu werden. Die Gesamtauführung glänzend, auch ohne nationalstischen Pöbeltrummel. R. S.

„Schneider Wibbel“ in Koblenz verboten. Das Koblenzer Stadttheater hatte auf seinem Spielplan das Lustspiel der „Schneider Wibbel“ vorgesehen. Dem Vernehmen nach hat die französische Besatzungsbehörde die Aufführung dieses Schwanke verboten, weil — im ersten Akt ein Franzose einen Wadenkrampf erhält.

Ulaens Besichtigung. Die Gedenkfeierungen Ulaens wird von der amtlichen Statistik auf 1170 122 Gedenker beziffert. Der jährliche Zuwachs beträgt 27 134 Köpfe. Von den 96 im Lande vorhandenen nationalen Gedenkstätten können nur jeden mehr als 1000 Angehörige aufweisen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die fünfprozentlegende.

Im gestrigen Abendblatt des „Vorwärts“ behandelten wir „Die Bilanz des Bergbauvereins“ über den Kampf im Ruhrbergbau und wandten uns insbesondere gegen die Darstellung des Bergbauvereins, als ob die Bergleute lediglich um die weiteren 5 Proz. Lohn-erhöhung vier Wochen lang gekämpft hätten. Heute finden wir als Gegenstück zu dieser fünfprozentlegende folgende Darstellung im „Klassenkampf“ für Halle-Werberg vom 4. Juni. In einer Polemik dieses kommunistischen Blattes gegen den „Zeiger Volksboten“, unser Bruderorgan in Zeitz, schrieb dieser „Klassenkampf“:

„Behaltet die Lärzhorn fest in eurem Gehirn und vergeßt es nicht, Proletarier, daß ADGB- und USPD-Führer den Ruhrkämpfern für eine fünfprozentige Lohnhöhung den Dolch in den Rücken steckten!“

Während also die Unternehmer den Bergarbeitern zum Vorwurf machen sie hätten es nur einer geringen Lohnminderung wegen auf einen solchen Kampf ankommen lassen, die armen Zeichenbesitzer wegen der 5 Proz. Lohnzulage darauf in die Erge getrieben, daß diese keinen anderen Ausweg mehr wußten, als die Bergarbeiter auszusperrten, kommen die RPD-Strategen mit der Dolchstoßlegende, um der 5 Proz. Lohnzulage willen hätten ADGB, USPD-Führer die Bergarbeiter verraten, ihre Interessen preisgegeben, ihnen „den Dolch in den Rücken“ gesteckt.

Es hiesse die Absicht der RPDisten zu hoch und das Denkmögen unserer Leser zu niedrig einzuschätzen, wenn wir auf diese Dolchstoßlegende ernstlich eingehen wollten, um sie zurückzuweisen. Der Hinweis dürfte vollstaus genügen, daß die Bergarbeiter der vier Organisationen den Beginn und das Ende des Kampfes selber beschlossen und weder die ADGB, noch die USPD-Führer deswegen befragt, geschweige denn ihnen die Entscheidung überlassen hätten. Das soll natürlich keinen Vorwurf gegen die Bergarbeiter bedeuten, sondern es ist lediglich die Betonung der alten gewerkschaftlichen Praxis.

Wertwürdig ist, daß sowohl die Kritiker des Ruhrkampfes im Unternehmertum wie die im Lager der Kommunisten, sich an die fünf Prozent Lohnminderung Kammer und das wesentliche Kampfobjekt, den Siebenstundentag, übergehen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch ein wahres Kabinettsstückchen kommunistischer Vertäpferhaltung gezeigt. Der „Zeiger Volksbote“ schrieb: Die RPD hat für den Ort A., mitten im Keiler Sinnes-Riedelbacher Zeichen, eine Bergarbeiterkonferenz einberufen, es waren sechs Delegierte anwesend. In der Nummer des „Klassenkampf“ vom 15. Mai wird von der Annahme einer Resolution durch 115 Delegierte berichtet.

„Der Volksbote“ lügt, sagt der „Klassenkampf“, denn der „Klassenkampf“ habe in Wirklichkeit folgendes geschrieben: „Die von der Reichstagskommission der deutschen Bergarbeiter für die mitteldeutschen Kreise einberufenen Konferenzen... fanden statt in Bitterfeld, Sandersdorf, Eisenben, Ammendorf und Zeitz, durchschnittlich 115 Delegierte aus den Betrieben waren anwesend.“

Wenn hier von durchschnittlich 115 Delegierten die Rede ist, müßte man annehmen, daß in jeder dieser Versammlungen etwa 115 Delegierte, in der einen 100, der anderen 130, durchschnittlich, also 115 Delegierte waren.

Dieser Bericht wird jedoch nunmehr vom „Klassenkampf“ am 4. Juni näher erläutert:

„Und zwar waren anwesend in Bitterfeld 15, in Ammendorf 16, in Zeitz 11, in Eisenben 23 und in Sandersdorf 60 Delegierte. Diese Delegiertenzahl zusammen gerechnet, ergibt nach dem Reife genau 115 Delegierte, wie der „Klassenkampf“ objektiv berichtet hatte. Damit bricht der „offenbare Schwindel“ des „Volksblattes“ in sich zusammen.“

Jetzt sagt der „Klassenkampf“ die Wahrheit. Hat aber der „Zeiger Volksbote“ gelogen?

## Die Tapezierer arbeiten tariflos.

Die oft wiederholten Verhandlungen auf Abschluß eines neuen Manteltarifs für das Tapezierergewerbe haben zu einer wesentlichen Abschwächung der von den Unternehmern beantragten Verschlechterungen geführt, doch blieben noch Differenzen in der Frage der Arbeitszeit, wegen des Urlaubs und der Arbeitsnachweisregelung. Auch in der Lohnfrage machten die Unternehmer durchaus unannehmbare Vorschläge. Nachdem kürzlich eine Tapeziererverammlung zu den strittigen Punkten Stellung genommen hatte, kam es nochmals zu Verhandlungen zwischen den Parteien. Es war aber den Organisationsvertretern wiederum nicht möglich, die Arbeitgeber von ihrem Standpunkt abzubringen. Eine gestern abend tagende Vollversammlung der im Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beschloß nach einem Bericht des Bevollmächtigten Müller und nach eingehender Aussprache, für die Folgezeit ohne Manteltarif zu arbeiten.

Müller erfuhr am Schluß der Versammlung die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß in den Werkstätten, in denen Arbeiterentlassungen vorgenommen werden sollen, erst eine Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit eingeführt wird.

## Arbeitszeitkampf der Kohrleger.

Die Verhandlungskommission der Kohrleger und Helfer hatte im Auftrage einer Branchenversammlung bei den Unternehmern die Erhöhung des Stundenlohnes auf 1 R. beantragt. Die Unternehmer machten im Tarifauschuss eine Verhandlung über Lohn-erhöhungen von der Zustimmung der Arbeitnehmer zu einer Arbeitszeitverlängerung abhängig. Da die Kommission das rundweg ablehnte, zerlegten sich die direkten Verhandlungen und es wurde der Schlichtungsausschuss angerufen. Hier verlangten die Unternehmer gleichzeitige Verhandlung über folgende von ihnen eingebrachte Forderungen: Die Bestimmung des Manteltarifs, daß vor Arbeiterentlassungen oder Arbeitszeitverlängerungen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zu verhandeln ist, ist zu streichen. Das Abkummeln der Leberstunden soll in Zukunft unstatthaft sein. Die Lohnwoche soll nach den Wünschen der Unternehmer einen Tag früher schließen und schließlich soll ihnen das Recht gegeben sein, Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis nur solange zu beziehen, als brauchbare Arbeiter vorhanden sind. Die Kommission lehnte ein Eingehen auf diese Fragen ab, da sie nicht zur Diskussion standen. Da in der Spruchkammer weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer auf die Vorschläge des Vorsitzenden, Gewerberat Körners, eingingen, fiel er in seiner amtlichen Befugnis einen Spruch. Dieser geht über die Wünsche der Unternehmer hinaus, indem er ihnen das Recht gibt, für die Zeit vom 1. Juni bis 31. Oktober d. J. überall da, wo sie es für angebracht halten, die Arbeitszeit um eine Stunde täglich zu verlängern. Die Arbeiter sollen zur Leistung dieser Leberarbeit verpflichtet sein, doch muß ein Ausschlag von 10 Proz. gezahlt werden. Die übrigen Bestimmungen des Manteltarifs werden bis 31. Oktober 1924 verlängert. Der Lohn soll für Kohrleger 85 Pf. und für Helfer 72 Pf. betragen.

In einer gestern abgehaltenen Branchenversammlung der Kohrleger erklärte Niedereichner namens der Kommission diesen Spruch für unannehmbar. Nach kurzer Aussprache beschloß die Versammlung demgemäß eine Branchenversammlung wird in der nächsten Woche weitere Schritte beschließen.

## Der oberösterreichische Herrenstandpunkt.

Aus Steiwitz wird berichtet: Auf die Einladung des Reichsarbeitsministeriums, am 3. Juni an Verhandlungen über den Streik in Oberösterreich teilzunehmen, haben die Arbeitgeber den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums erklärt: Die Arbeitgeber sind nicht in der Lage, über die Arbeitszeit und über die Lohnfrage zu verhandeln. Die Arbeitszeit ist durch verbindlichen Schiedsspruch geregelt. Eine Erhöhung der Löhne kann bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage, besonders nach den Verlusten durch den Streik, unmöglich gemacht werden. Ueber sonstige noch strittige Punkte sind die Arbeitgeber bereit, nach der allgemeinen Aufnahme der Arbeit mit den Gewerkschaften in Besprechungen einzutreten, falls solche beantragt werden.

## Zum Landarbeiterstreik in Ostpreußen.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes wird uns geschrieben: Die Kommunisten mühen sich wieder einmal in ihrer Provinzpresse ab, die Führer des Deutschen Landarbeitersverbandes als die schlimmsten Verräter und die erbärmlichsten Schurken hinzustellen, die jemals in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu finden waren, und zwar wegen deren Haltung während des ostpreussischen Landarbeiterstreiks. „Die Welttribüne“ (kommunistische Tageszeitung für beide Provinzen und Lübeck) vom 26. Mai schrieb: „Die DDB-Bureauraten aber wollten nicht kämpfen. Das bewies die Gaukonferenz des DDB am 27. April in Königsberg. Obwohl bereits die Kreise Königsberg und Fischhausen im Streik standen, lehnte die Bauleitung alle Anträge der oppositionellen Landarbeiter bei verschiedenen Kreisen auf Ausrufung des Generalstreiks für alle Landarbeiter Ostpreußens ab... Die Folge davon war, daß die Junker ihre Klammern gegen den streikenden Kreis so unterstützen konnten, daß es diesen nicht darauf ankam, auf die Bestimmung der Forderungen zu verzichten, wenn sie damit ihr Ziel erreichten.“

Die streikenden Landarbeiter aber sahen bald ein, daß sie ihren Kampf nur gewinnen konnten, wenn der Streik die ganze Provinz, oder wenigstens den größten Teil derselben umfaßte, weshalb sie auch immer stärker für den Generalstreik forderten. Unter diesem Druck der Landarbeiter mußte dann schließlich die Bauleitung des DDB, den Streik ausdehnen. Die Ausdehnung des Streiks erfolgte aber so planlos, daß in keinem Kreis eine einheitliche Arbeitsniederlegung möglich war.“ Einige Zeilen weiter wird behauptet: „Der DDB wird also nach den Erklärungen des Verbandsvorstandes den Schandtarif anerkennen, nur damit er Tarifkontrahent bleiben kann.“

Zu diesem Erguß sei der Wahrheit, nicht der Kommission wegen gesagt: Die Proklamation des Generalstreiks unterließ, weil der Deutsche Landarbeitersverband nicht den Zusammenbruch der Streikbewegung wollte und deshalb nicht das Dummste und Törichteste tun wollte, was geschehen konnte. Zu einem Generalstreik fehlte der entschlossene Wille der gesamten Landarbeiterschaft und die Bewil-

heit, daß sie den Kampf materiell wie moralisch eine Reihe von Tagen, wenn nicht gar Wochen, ertragen kann. Wie sah es hiermit aus? Dieser Wille fehlte nicht nur bei einem Teil der Generalverbändler und der Unorganisierten, sondern in der Hauptsache auch bei jenen Deuten, die sich Kommunisten nennen und vorher nicht genug nach dem Streik schrien konnten. Dies zeigte sich besonders in dem Kreise Niederung und in den Drien, die um die kommunistisch stark durchsetzte Stadt Ragnitz herum liegen. Die Erwartungen auf materielle und moralische Leistungsfähigkeit konnten nicht weiter gesteckt sein, wenn man sich die fürchterliche Gedrängtheit der ostpreussischen Landarbeiter und die geradezu unerhörten Schikarnierungen vergegenwärtigt, die sie während des Streiks von Arbeitgebern und behördlichen Organen über sich ergehen lassen mußten.

Freilich, die Kommunisten haben keine Rücksicht zu nehmen. Ihnen ist es gleich, ob die Bewegung klappt oder in die Brüche geht. Der Deutsche Landarbeitersverband aber ist sich seiner Verantwortung bewußt. Er sucht die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit dem kleinsten Aufwand von persönlichen Opfern zu verbessern. Diese Erwägungen leiteten ihn auch, als er die Fäden der ostpreussischen Bewegung in die Hand nahm. Der Vorwurf, den Streik planlos geführt zu haben, fällt auf die Kommunisten zurück. Sie waren es, die durch ihre klügeligen und kindischen Parolen die Landarbeiter von dem ihnen von der Organisation vorgezeichneten Wege abzubringen versuchten und dadurch dazu beitrugen, daß es nicht überall gelang, die Bewegung die gewünschte einheitliche Form zu geben. Die Tatsache, daß zahlreiche Streikversammlungen Entschlüsse annahmen, in denen das Vorgehen der Kommunisten entschieden verurteilt wird, läßt die Gefährlichkeit ihres damaligen Wirkens erkennen.

Die Behauptung, der Deutsche Landarbeitersverband habe den Tarif als berechtigt anerkannt, ist echt kommunistisch. Der Deutsche Landarbeitersverband hat in Duhenden von Zeitungsnutzen seine Gegnerhaft zu dem Tarif zum Ausdruck gebracht und auch nach Abschluß der Bewegung erklärt, daß die Entlohnung der ostpreussischen Landarbeiterschaft nach dem Tarif als das größte Unrecht angesehen werden muß, was ihr jemals zugefügt wurde.

Wenn die Bewegung nicht mehr Erfolg zeitigte, so hat das Treiben der Kommunisten wesentlich dazu beigetragen.

## 25jähriges Bestehen der christlichen Gewerkschaften.

Zu Pfingsten bilden die christlichen Gewerkschaften auf ein Alter von 25 Jahren zurück. Ihr erster Kongress in Mainz 1899 am Pfingstfest wird als Gründungstag angesehen. Mit Rücksicht auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse soll einstmals von Jubiläumsvorstellungen abgesehen und dafür im Spätherbst große Kundgebungen veranstaltet werden.

Rag man über die Existenz der christlichen Gewerkschaften denken, wie man will, so muß man doch mit ihr als Faktum rechnen. In dem letzten Jahrzehnt sind freie und christliche Gewerkschaften manchen Weg zusammen gegangen, wie auch jetzt wieder beim Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet. Es wird nach manchen Mal geschehen müssen. Daher liegt es im Allgemeininteresse der deutschen Gewerkschaften, die Betonung mehr auf das Einmühen als auf das Trennende zu legen. Das hindert nicht, die Unterschiede aufzuzeigen und die sich gelegentlich daraus unvermeidlich ergebenden Unstimmigkeiten sachlich-kritisch zu beleuchten.

## Die Arbeitslosigkeit in der Lodzer Textilindustrie.

Die Einstellung des Rotendruckes in Polen führte seit Anfang Februar zu einer ernsthaften Arbeitslosigkeit, von der die Lodzer Textilindustrie am stärksten betroffen wurde. Der geradezu trostlose Beschäftigungsgrad der Arbeiter im Oktober 1923 und Anfang Februar 1924 zeigt sich in folgendem Zahlenbild:

Beschäftigungs- tage pro Woche	Oktober	Februar	Oktober	Februar
6 Tage . . . . .	32 582	7 268	35,0	8,2
5 Tage . . . . .	10 237	1 795	11,2	2,0
4 Tage . . . . .	57 837	11 025	40,7	12,5
2 oder 3 Tage . . . . .	12 191	68 265	18,1	77,8

Die Gewerkschaften in Lodz hatten 4227 Arbeiterverhältnisse. Wie es im übrigen in Polen mit Arbeitslosigkeit bestellt ist, darüber berichtet die „Pravda“: „In der Glasindustrie sind 21 Fabriken geschlossen. Von 9 Zementfabriken sind 7 geschlossen. Trotz der Wiederaufnahme der Bauarbeiten sind die Ziegeleien noch nicht wieder in Gang. In der Metall- und chemischen Industrie hat die Arbeitslosigkeit 40 Proz. erreicht. In Oberösterreich arbeiten die Gruben nur 4 Stunden täglich.“

Die Werksstätten- und Elektrifizationsarbeiter der Londoner Untergrundbahnen und der Great Western-Eisenbahn haben beschlossen, wegen Rohstoffmangels in den Zustand zu treten. Der Streik wird von der nationalen Eisenbahnerunion gemißbilligt, deren Mitglieder bei der Arbeit bleiben und somit einen allgemeinen Stillstand verhindern werden. Doch ist die Lage infolge der Haltung der Polkommunisten für Arbeiter, welche einen energischen Brief an die Eisenbahngesellschaften gerichtet haben und eine Anzahl Forderungen aufstellten.

Verantwortl. Redakteur: Bezirks-Verein Charlottenburg, Berlin, Freitag, Ver- sammlung Reichstr. 106, 6. Juli, Dampfdruck nach Komput.



# Die Zeit fordert billige Preise

## Mein Pfingst-Angebot bringt sie!!!

- |   |      |  |                 |                               |                  |  |                 |
|---|------|--|-----------------|-------------------------------|------------------|--|-----------------|
| Anzüge aus gemustert. haltbaren Cheviotstoffen 48.- 42.- 36.- | 29.- | Frühjahrmäntel Taillen- und Schöpferform 98.- 64.- 46.-                    | 36.-            | Lüster-Jacketts 26, 17, 13.50 | 12 <sup>00</sup> | Binder Seide u. seidenartig. 6.-, 3.75, 2.50 | 1 <sup>25</sup> |
| Anzüge blau od. braun und blau-weiß gestreift 78.- 64.- 45.-  | 39.- | Gummimäntel mit Oßrtel Iversch Farben 29.- 27.- 26.-                       | 22.-            | Washjoppen 12.30, 9.40 6.50   | 4 <sup>95</sup>  | Strickbinder 0.75, 0.65, 0.55                | 0.45            |
| Anzüge in vielen hellen Farben und Formen 76.- 56.- 52.-      | 48.- | Gummimäntel Cover-coat od. Stoff, Taillen- und Schöpferform 31.- 45.- 39.- | 32.-            | Sport-Westen 24, 18, 13.50    | 12 <sup>50</sup> | Ledergürtel 3.50, 2.50, 1.75                 | 1 <sup>10</sup> |
| Anzüge aus Gabardine u. Karungarnstoffen 130.- 120.- 110.-    | 95.- | Lodenmäntel Bozener und Schöpferform 41.- 36.- 28.-                        | 22.-            | Oberhemden 11.50, 9.50, 8.50  | 5 <sup>50</sup>  | Stutzen 4.50 2.90 1.60                       | 1 <sup>20</sup> |
| Sport-Anzüge mit Breech oder langer Hose 85.- 37.- 45.-       | 36.- | Breeches 24.- 18.- 11.-  | 8 <sup>50</sup> | Müte 11.50, 9.50, 6.50        | 4 <sup>75</sup>  | Socken 3.50, 2.75, 1.50                      | 0.75            |
| Jüngl.-Anzüge in Sportform oder Sakko 84.- 42.- 35.-          | 23.- | Flanellhosen 24.- 20.- 22.-  | 19.-            | Sport-Mützen 3.50, 1.95, 1.15 | 0.95             | Ledermützen mit kleinen Fehlern . . .        | 5 <sup>95</sup> |

Ich führe nur Qualitätsware!

**Gefflieb Weiss**

SCHÖNEBERG \* Hauptstr. 161